

Erscheint täglich außer Montags. Preis pränumerando: Vierteljährlich 3,30 Mark, monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 38 Pf. frei in's Haus. Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntags-Nummer mit Illustr. Sonntags-Beilage „Neues Welt“ 16 Pf. Post-Abonnement: 3,30 Mk. pro Quartal. Unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 3 Mk., für das übrige Ausland 3 Mk. pr. Monat. Gengere bei der Post-Beitrag: Preisliste für 1894 unter Nr. 6919.

Interims-Gebühr beträgt für die fünfzehntägige Beilage über deren Raum 40 Pf. für Beleg- und Veranlagungs-Anzeigen 20 Pf. Entzucht für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr Abends, an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr Vormittags geöffnet.

Verantwortlicher: Just v. 1508. Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.

Dienstag, den 16. Januar 1894.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.

Zur Reichs-Einkommensteuer.

Würde das Kapital auswandern?

Die progressive Reichs-Einkommensteuer wird nicht mehr von der Tagesordnung verschwinden, dies ist der nicht gering zu schätzende Erfolg der Sozialdemokratie. Vertreter fast aller Parteien, selbst der nationalliberalen, haben sich nun für dieselbe, wenn auch nicht mit der erforderlichen Entschiedenheit erklärt. Je mehr Boden der Gedanke der Reichs-Einkommensteuer gewinnt, desto kräftiger und rücksichtsloser wird aber auch der Kampf gegen dieses Steuerprojekt geführt werden. Freilich überzeugende Gründe fehlen den Gegnern der Reichs-Einkommensteuer. Dem Prinzip der Gerechtigkeit, das in den Lehrbüchern der bürgerlichen Finanzwissenschaft bei der Beurteilung aller Steuerprojekte im Vordergrund steht, trägt die Reichs-Einkommensteuer vollkommen Rechnung, während die jetzigen Reichsteuern und die vorgeschlagenen Steuerprojekte dem Prinzip der Gerechtigkeit in's Gesicht schlagen. Deshalb schweigt man sich über dieses Prinzip aufs gründlichste aus und wendet alle möglichen anderen Gründe gegen das Reichs-Einkommensteuerprojekt ein. So erklärte unlängst anlässlich der Debatte über die Tabaksteuervorlage ein Redner, daß die Einführung der Reichs-Einkommensteuer die Auswanderung des deutschen Kapitals zur Folge haben würde, was dazu führen würde, daß die Bedürfnisse des Reiches durch die Reichs-Einkommensteuer nicht gedeckt werden könnten.

Betrachten wir uns diesen Einwand näher.

Welches sind die Quellen der Einkommensteuer? Das Einkommen jeder Art, vor Allem die höheren, so die Gehälter der öffentlichen und privaten Beamten, die Erträge des Grund und Bodens, der Fabriken, die Mieten für Wohnungen und Häuser, das Erträgnis von Handelsgeschäften, die Zinsscheine von Reichs-, Staats- und städtischen Anleihen, die Dividenden von Aktiengesellschaften u. s. w.

Die hauptsächlichste Quelle dieser Einkommen ist die Arbeit und die Verwendung von Kapital innerhalb der Reichsgrenzen.

Daß unsere Minister, Vortragenden und geheimen Räte, die Direktoren der Eisenbahnen und Aktiengesellschaften, die Leiter der Versicherungsgesellschaften und Pensionsanstalten trotz der erhöhten Steuer auf ihr Einkommen nicht auswandern werden, versteht sich von selbst. Die einträglichen Stellen, die sie sich, sei es durch Betterschaften, einflussreiche Beziehungen, langjähriges Strebertum, sei es durch Tüchtigkeit und genaue Kenntnis ihres Ressorts erworben haben, werden sie nur ganz ausnahmsweise im Auslande finden, sie werden ruhig im Lande bleiben, weiter ihr Einkommen beziehen und die erhöhte Einkommensteuer bezahlen.

Und wer im Deutschen Reich Landgüter, Forsten, Häuser, Fabriken oder an den Ort und eine bestimmte

Kundschaft gebundene Geschäfte besitzt, auch er wird nicht seine Fabriken und Geschäfte ins Ausland verlegen können, seinen Besitz an Land veräußern, weil er hier eine höhere Einkommensteuer zu bezahlen hat. Würden die Kapitalisten sich verschwinden und auswandern wollen, so würde ja das Vaterland nicht schwer leiden, man kann auch ohne Unternehmer produzieren, wie wir ja das tagtäglich sehen, leben doch zahlreiche unserer großen Unternehmer im Auslande, während ihre Arbeiter im Lande alles produzieren. Niemand könnte eine solche planmäßige Massenwanderung der Kapitalisten lieber sein als der Sozialdemokratie, niemanden würde sie schwerer schädigen, als den Kapitalismus. Oekonomisch würde eine solche Auswanderung den ungeheuren Vortheil haben, daß die Entbehrlichkeit der Kapitalistenklasse selbst dem Blödesten klar würde, politisch würde sie eine große Verringerung des Einflusses der Kapitalisten und eine sprunghafte Steigerung des proletarischen Einflusses auf die Geschicke Deutschlands bedeuten, die Zusammensetzung des Reichstages, die Haltung der Reichsregierung würde sich von Grund aus ändern. Mit einem Worte, die Auswanderung der Höchstbesteuerten wäre der Beginn einer durchaus friedlichen demokratischen und, wie die Verhältnisse in Deutschland nun liegen, auch einer sozialistischen Revolution.

Wegen einiger Prozente Einkommensteuer würde aber selbst die egoistische und kurzfristige deutsche Bourgeoisie dieses Risiko nicht auf sich nehmen.

Demnach hätte nicht das deutsche Volk, sondern einzig und allein die Großbourgeoisie den Schaden von der Auswanderung.

Betrachten wir aber nun, ob diese Leute wirklich auswandern würden. Angenommen die Reichs-Einkommensteuer würde bloß von denjenigen erhoben, die innerhalb des Deutschen Reiches wohnen und die Großkapitalisten würden in Masse auswandern, sich in Monaco, Paris, London, Tourville, an der Riviera und sonst wo es schön ist und süßig gelebt werden kann, niederlassen, sie würden aber weiter ihre Fabriken, Bergwerke, Rittergüter, Handelsbetriebe besitzen und den Mehrertrag sich einfach ins Ausland senden lassen und dort verbrauchen.

Dies würde doch kaum lange gehen, die geänderten Machtverhältnisse im Reich würden dann ihre Wirkung nicht verfehlen. Es bliebe der Weg offen, das Einkommen der im Auslande lebenden Besitzer von in Deutschland befindlichen Erwerbsquellen viel stärker zu besteuern als die Einkommensquellen der in Deutschland verbliebenen Personen, ja man könnte zu einem Mittel greifen, das wir aus der Geschichte der französischen Revolution kennen, man könnte einfach die Landgüter, Wälder, Bergwerke, Fabriken u. d. im Auslande lebenden Großbourgeois einfach konfiszieren. Also an Geld würde es der Reichskasse nicht fehlen, welchen der beiden Wege man auch einschlagen wollte.

Es giebt aber noch andere Einkommensquellen, außer dem unbeweglichen Besitz, dem sogenannten immobilien

Kapitale. Aber das mobile Kapital tritt dem immobilien gegenüber gewaltig in den Hintergrund, vor allem wenn man berücksichtigt, daß das immobile Kapital, wie Aktien, Pfandbriefe u. c. eng mit dem mobilen Kapital verknüpft ist, daß seine Unterlagen, die Fabriken, die verschuldeten Grundstücke u. c. nicht auswandern können, deren Erträge somit zu Lasten der im Auslande weilenden Aktionäre und Pfandbriefbesitzer beliebig hoch besteuert werden könnten, dasselbe wird sich ohne unüberwindliche Schwierigkeiten auch bei den im Auslande lebenden Besitzern von Anteilen an Anleihen des Reichs, der Kreise und Städte gegenüber bewerkstelligen lassen.

Nicht möglich wird dies aber sein den Besitzern von ausländischen Staats-, Industrie-, Eisenbahn- und anderen Papieren gegenüber. Der letztere Einwand ist richtig, aber der großen Masse des mit dem Deutschen Reich unlosbar verknüpften Einkommensquellen gegenüber spielen diese lumpigen paar Hundert Millionen gar keine Rolle. Auch sonst wäre es selbst vom ehrlichen kapitalistischen Standpunkte aus kein nationales Unglück, wenn unseren kleinen Kapitalisten in Zukunft keine weiteren argentinischen, mexikanischen, portugiesischen und italienischen Anleihen aufgeschafft würden, wenn mit deutschem Gelde nicht mehr schwindelhafte amerikanische Eisenbahnen unter der Regie der Herren Barth und Siemens gebaut würden, wenn das deutsche Kapital seine Verwendungslos im Inlande finden würde.

Ein Ausweg scheint aber doch den Kapitalisten zu bleiben, die sich der fürchterlichen, sie endlich „gerecht“ treffenden Reichs-Einkommensteuer durch Flucht ins Ausland entziehen wollten. Sie könnten ihren Besitz in Deutschland, ihre Fabriken, Bergwerke, Landgüter, Wälder, Staatspapiere, Aktien u. c. verkaufen, das Geld auf die englische Bank legen, oder wie der Papst und der König von Italien dem Schutze Rothschild's anvertrauen und von den Renten im Auslande leben. Die Kapitalisten wissen aber sehr genau, daß dies nicht geht. Wenn eine solche Menge von Gütern auf den Markt gebracht würde, so wäre ein ungeheurer Preissturz die Folge und jeder Käufer würde außerdem vom Kaufpreise einen Abzug machen, der der Kapitalisierung der erhöhten Einkommensteuer gleichkäme, so daß die auswandernden Kapitalisten doch die Einkommensteuer zahlen müßten.

Also auch damit ist es nichts! Lieb' Vaterland laus' ruhig sein, Deine Kapitalisten gehen Dir nicht verloren, wenn sie auch in ihrem geschwollenen „Patriotismus“ drohen, bei Einführung der progressiven Reichs-Einkommensteuer und gleichzeitiger Abschaffung sämtlicher anderer Steuern auszuwandern.

Die Drohung ließe uns kalt, würde sie auch wahr gemacht werden. Wir und das gesamte deutsche Volk werden uns Deutschland ohne Kapitalisten recht wohllich einzurichten verstehen.

Sollten aber die wildgewordenen Kapitalisten wirklich auswandern, rufen wir ihnen deshalb zu:

„Glückliche Reise!“

Feuilleton.

Nachdruck verboten.

[Alle Rechte vorbehalten.]

Helene.

[17]

Roman in zwei Bänden von Minna Kautsky.

Nachdem Erich den Brief in den Umschlag gesteckt hatte, lehnte er sich in den Sessel zurück und blieb mit verschränkten Armen sitzen.

Er schien seinen Uebermuth mit diesen Zeilen erschöpft zu haben, mühsam blickte er vor sich hin.

Er liebte seine kleine Frau, gewiß liebte er sie, aber er hatte sich das Zusammenleben mit ihr doch anders gedacht. Er hatte Ueberschwingliches davon erwartet.

Er wollte die bis zur Naserei gesteigerte Sinneslust einer ersten Leidenschaft genießen, die mit ihrem Jugendfeuer ihn selbst entflammete, und darin, gerade darin, fand er sich getäuscht.

Aber Helene's Zärtlichkeit, ihre Hingebung, ihre vollständige Abhängigkeit von ihm, die sie wie eine Glorie trug, war doch auch etwas Süßes, ein Charms (Charm), den er nimmer hätte entbehren wollen, und er sehnte sich nach ihr, weil jede ihrer Regungen ihm seine Macht über sie deutlicher zum Bewußtsein brachte.

Aber schon fürchtete er, daß diese Sehnsucht Macht über ihn bekommen und ihn unterjochen könnte, und dieser Gedanke hatte für seinen Mannesstolz etwas Verletzendes.

Er mußte völlig frei bleiben, während er über jeden ihrer Gedanken, über jedes ihrer Gefühle Herr sein wollte, denn er erhielt sie, er gab ihr alles, und nur so schien ihm ihr gegenseitiges Verhältniß in richtiger Weise ausgeglichen zu sein.

Das Stubenmädchen kam herein und überreichte dem Herrn ein stark duftendes Briefchen.

Eine Flamme stieg in sein Gesicht.

An dem starken Parfüm errieth er, woher dieser Brief kam, noch ehe er ihn geöffnet hatte.

„Sie ist wahrhaftig,“ murmelte er. Er riß das Konvert auf und überlas die wenigen Zeilen. Sie enthielten die Einladung zu einem Rendezvous.

Frau von Vermina war von ihrem Landaufenthalte zurückgekehrt und wünschte auf eine an sie gestellte Frage ihm mündlich die Antwort zu geben.

„Nun, das ist doch wirklich nicht so pressant, um deshalb hierher zu schreiben,“ dachte er, während er den Brief in seine Tasche steckte, aber er sah dabei sehr heiter und unendlich geschmeichelt aus.

Die Langeweile und seine Mißstimmung waren verflogen.

Er fuhr zusammen, als seine Frau, die unhörbar hereingekommen war, ihn von rückwärts um den Hals nahm und ihn auf die Wange küßte.

„Du bist, na warte, Du Schelm,“ sagte er.

„Habe ich Dich erschreckt?“

„Natürlich; so einen Ueberfall auch, auf einen nichts ahnenden Menschen.“

„Da werde ich also künftighin immer anklopfen, ehe ich mich herein wage,“ sagte sie in einer so drolligen Weise, daß er lachen mußte. Er zog sie an sich und küßte sie.

„Deine Hände sind kalt, wo warst Du denn?“

„In meiner Stube, ich schrieb an Mama. Aber wollen wir nicht vor Tisch einen Spaziergang machen? Es ist bewölkt und kühl, aber doch angenehm.“

„Du willst, daß ich mit Dir gehe?“

„Ja, ich will.“

„Und wenn ich nun was Anderes vor hätte?“

„Fährst Du wieder nach München? O dann —“

„Dann nimm mich mit, gelt? so lautet der Nachsatz.“

„Sie sah ihm bittend in die Augen, so tief mit einem reizenden Lächeln, als müsse sie ihn damit bezwingen.“

„Ich wäre so glücklich, Erich, wenn Du es thätest.“

Er schüttelte den Kopf.

„Nein, nein, ich will nicht, Du weißt es.“

Sie seufzte.

„Uebrigens, tröste Dich, ich gehe nicht nach München, ich habe eine Einladung zur Jagd erhalten.“

„Für heute?“ fragte sie.

Erich zog sie auf seine Knie und legte den Arm um sie.

„Für heute und morgen, da wird meine Kleine wieder einmal vierundzwanzig Stunden von ihrem Männchen getrennt sein.“

„Du kommst erst morgen wieder?“ fuhr sie betroffen empor.

„Erscheint Dir das wirklich so fürchterlich?“ fragte er mit einem überlegenen Lächeln, kannst Du es denn gar nicht mehr ohne mich aushalten?“

Tränen kamen in ihre Augen und sie lehnte den Kopf an seine Schulter.

„Na, na, na,“ sagte er gutmüthig, unwillkürlich gerührt, während er sie noch fester an sich preßte. Er schien in seinem Entschlusse wankend zu werden: „Ich muß ja auch nicht gehen, wenn es Dir gar so leid thut, ich kann ja zu Hause bleiben.“

„O, dann bleibst Du auch,“ rief sie mit einer Freude, die sie plötzlich energisch machte, und sie warf ihre Arme um seinen Hals. „Und jetzt laß' ich Dich gar nicht mehr fort, jetzt halt' ich Dich fest.“

Politische Uebersicht.

Berlin, den 15. Januar.

Aus dem Reichstag. Den vierten Tag der Tabaksteuer-Debatte eröffnete Genosse Mollenhuth. In treffender Weise führte er den Nachweis, daß die sämtlichen „Kopfrechnungen“ des Herrn v. Posadowsky auf gründlichen Fehlberechnungen oder auf willkürlichen Verschiebungen der Zahlengruppen beruhen. Gegenüber den Vorwürfen gegen die Agitation der Fabrikanten, bemerkte er, daß die Arbeiter nicht im Interesse der Unternehmer, sondern in ihrem eigenen Interesse gegen diese ungeheure Belastung protestiert hätten. Denn es sei zweifellos, daß nicht nur viele Tausende Tabakarbeiter, sondern auch Tausende von Arbeitern anderer Branchen, die für die Ausstattung beschäftigt sind, um ihre Existenz gebracht. Aber die Regierung, die wie der Reichstanzler kürzlich bemerkte, nicht zugeben wolle, daß die Wohlhabenden allein herangezogen würden, der es nicht einfallen werde, auch nur zehn Millionen übermäßig zu belasten, gebe mit leichtem Herzen Tausende von Arbeitern dem Elend preis.

Hierauf nahm der Urheber der Vorlage, Finanzminister Miquel, das Wort. Er brachte in seiner langen Rede aber nur die bereits früher gemachten Behauptungen aufs neue vor. Eine direkte Reichsteuer sei nicht durchführbar, weil das Reich kein Einheitsstaat wäre. Luxussteuern brächten nicht viel ein. Es bliebe also nichts anderes übrig, als die Tabak-Fabrikationssteuer. Wenn die Matricularbeiträge erhöht würden, so könne der Unwille über diese Belastung in den Einzelstaaten nicht ausbleiben und man werde schließlich zu dem Tabakmonopol greifen müssen. Deshalb solle der Reichstag lieber die jetzige Vorlage annehmen, damit — der Tabak für alle Zeit „Ruhe“ habe, — die Ruhe des Reichs, — tönte es ihm entgegen.

Der Herr v. Arnswaldt-Gardenborstel erklärte kurz und bündig, daß er gegen die Vorlage und auch gegen die Verweisung an eine Kommission stimmen werde.

Die gleiche Ansicht sprach Eugen Richter aus, der über die Ausführungen Miquel's seine bekannte satirische Laune goß, was letzteren zu nochmaliger langer, jedoch nichts Neues enthaltenden Rede veranlaßte.

Der Nationalliberale Weber-Heidelberg ist der dritte Redner dieser Fraktion und vertritt ihre dritte Meinung. Er ist im Wesentlichen einverstanden mit der Vorlage; wenn aber nichts daraus werden sollte, so „hofft“ er, daß eine „hohe Deckblatt-Steuer“ angenommen wird.

Der konservative Elässer Born v. Bulach machte den Schluß. Er hält dieses Gesetz für eine „Wohlthat“ und „hofft“, daß aus der Kommission „etwas heraus“ kommt. Die Vorlage wurde an die Kommission, welche bereits die Wörtensteuer berath, überwiesen.

Nächste Sitzung: Mittwoch 1 Uhr. Wahlprüfungen, Gesetz über Berufsvereinigungen und Reform des Wahlgesetzes.

Die Tabaksteuer-Vorlage hat nach dem Ergebnis der bisherigen Debatte keine Aussicht auf Annahme. Schwer mag es den Herren vom Zentrum und der nationalliberalen Partei geworden sein, diesen genialen Steuerentwurf der Regierung abzulehnen. Wenn sie es dennoch thaten, so ist ihre Stellung nur erklärlich aus dem Einfluß, den die auf's höchste entriesteten Wählermassen gegen dieses Steuerprojekt kundgegeben haben. Es schien den Herren gewiß ein doch zu bedenkliches Spiel mit der Gunst ihrer Wähler, umfomehr, als bei der gegenwärtigen politischen Situation zu erwägen war, ob man nicht genöthigt sei bald vor den Wählern Rechenschaft über sein Verhalten abzulegen. Die eifrige Agitation der Tabakarbeiter hat ein gut Theil des Verdienstes sich erworben, für die Aufklärung der Bevölkerung, insbesondere der Tabakarbeiter durch die Darlegung der Gefahren, welche für diese aus dem Gesetzentwurf entspringen. Sie haben alles gethan, was in ihren Kräften stand. Mit dem Ueberweisen der Vorlage ist aber ihre Thätigkeit

noch nicht erschöpft. Im Hintergrunde lauert ein neuer schwerer Schlag gegen die Tabakindustrie. Das ist die ausgeprochene Neigung des Zentrums und der nationalliberalen Partei für eineollerhöhung auf Tabak. Man spricht sogar von einer Erhöhung bis zu 60 M. Die Regierung wird dieses Anerbieten kaum ablehnen. Dieses Vorhaben bedeutet aber nach Ablehnung der Steuervorlage einen Schlag gegen die Tabakindustrie von hinterhältig. Denn die Folge dieses Vorhabens wäre wiederum eine Vertheuerung der Fabrikate und ein Rückgang des Konsums, denn bei einer solchen Höhe des Preises für ausländische Tabaksorten kann die 5 Pfennig-Zigarette nur aus inländischem Tabak hergestellt werden und damit tauchen die Gefahren, die durch Ablehnung der Vorlage beseitigt schienen, aufs neue in anderer Form auf. Mögen die Wähler auch hier energisch ihren Einfluß ausüben, um auch diesen Schlag von hinterhältig abzuwenden.

Herr Miquel sieht nicht, wie eine Reichs-Einkommensteuer durchzuführen wäre — es gäbe unentwerrbare Bewandlungen mit den Steuergeräten der Einzelstaaten u. s. w. Die Schwachheit des Herrn Miquel erinnert uns an gewisse Komödien, deren Held einen Uebelthäter trotz krampfhaftesten Suchens nicht sehen und nicht finden kann, obgleich er über die Beine des jedem Zuschauer sichtbar Gesuchten stolpert. Das biblische: „Suchet, so werdet ihr finden“, heißt in Miquel'scher Deutsch übertragen: **Wollt nicht finden, und du findest nicht.**

Die Reichs-Einkommensteuer, weit entfernt die Finanzgesetzgebung der Einzelstaaten und des Reichs zu verwickeln, wird im Gegentheil dieselbe wesentlich vereinfachen, wie wir im Reichstag bereits dargelegt haben. Die Reichs-Einkommensteuer, wenn richtig durchgeführt, würde zur einheitlichen Grundsteuer werden, an welche die Landes- und Gemeindesteuern, als Zusatzsteuer sich anschließt, wie jetzt schon die Gemeindesteuern vielfach an die Landes-Einkommensteuer.

Freilich Herr Miquel ist in argen Schwülsten, und man kann ihm ein bißchen Vogelstrauch-Politik nicht verargen. Was zu sehen ist, ist gar wenig erbaulich. Da ist's besser nicht zu sehen.

Die Wehrsteuer, eine übrigens sehr unvollkommene Art der Einkommensteuer, ist nach Miquel bloß in Einheitsstaaten durchführbar. Er vergißt aber ganz daran, daß dieselbe in der Schweiz und in Oesterreich-Ungarn längst durchgeführt ist. Sind das auch Einheitsstaaten? —

Der Appell an den Patriotismus verfährt nicht mehr. Das mußte Herr Miquel heute erfahren. Als er die Stimme pathetisch erhebend ausrief: „ich wende mich nun an die Patrioten im Haus“, tönte ihm auch nicht die leiseste Aufmunterung entgegen und „das Haus“ war so eiskalt, daß dem verzweifeltsten Steuerfucher die Stimme einfrohr und der Patriotismus sein ließ.

Herr Miquel quält sich vergebens ab. Sein Steuerentwurf ist todt, und kein Gegenweiser kann ihn wieder lebendig machen. „Loth ist todt, Loth ist todt, Julie liegt liegt im Sterben.“ Die Tabaksteuer ist todt, und die Wehrsteuer muß sterben. Und noch verschiedenes Andere. Begreift Herr Miquel denn gar nicht seine Lage? Sie ist, bei aller Verzwicktheit, doch einfach genug:

Die Patrioten des Hauses, die für die Militärvorlage gestimmt haben, und von Rechts wegen die Steuern bezahlen sollten, wollen es nicht; und Herr Miquel selbst will es ja auch nicht. Wie kann er denn den Nicht-Patrioten, die gegen die Militärvorlage gestimmt haben, zumuthen, die Kosten derselben zu bezahlen? Das ist ja widersinnig. Hat Herr Miquel denn das Gefühl des Lächerlichen verloren?

Gegen das Duell. Die Zentrumsfraktion der bayerischen Abgeordnetenkammer brachte, wie sich die „Vossische Zeitung“ aus München telegraphiren läßt, den Antrag ein, die Staatsregierung zu ersuchen, mit allen ihr zuzustehenden gesetzlichen Mitteln, mit der vollen Kraft ihrer Autorität und im Disziplinarwege dahin zu wirken, daß dem auch in den

Offizierskreisen bestehenden, der Religion der Moral und den Strafgesetzen widersprechenden Duellwesen Einhalt gethan werde, insbesondere jene Einrichtung und Bestimmung baldigt zu beseitigen, wonach den den Zweikampf grundsätzlich ablehnenden Offiziersaspiranten die Zulassung zum Offiziersstand verweigert wird und den Offizieren bei gewissen Ehrenhändeln nur die Wahl zwischen Zweikampf oder Austritt aus dem Offizierskorps übrig bleibt.

Das wird wieder den Kriegsminister zu einem netten Giertag zwischen Standesehre und Strafgesetz veranlassen.

Ein Maulkorb-Landtag, das ist doch sicherlich etwas noch nicht Dagewesenes. Wohlgerückt ein Landtag, der sich selbst einen Maulkorb anlegt. Den sächsischen Ordnungsparteilern ist es gelungen, der Welt diese „Neuheit“ zu beschreiben. Die Sozialdemokraten brachten unbedeuten Anträge, und da die Herren Ordnungsparteiler nicht mit geistigen Waffen zu kämpfen verstanden, so faßten sie den Beschluß, den Sozialdemokraten überhaupt nicht mehr zu antworten — und ihnen das Feld zu überlassen.

So geschah es mit dem Antrage der Sozialdemokraten auf Einführung des allgemeinen direkten und geheimen Wahlrechts für die Landtagswahlen. Der Antrag wurde vom Genossen Schulze ausführlich begründet, die Kammer wünschte jedoch in eine Erörterung überhaupt nicht einzutreten, und der Vizepräsident und „Fortschrittler“ Streit erklärte namens der nichtsozialdemokratischen Mitglieder, daß der Antrag ohne Grund gestellt sei und man daher selbst gegen dessen weitere geschäftliche Behandlung stimmen werde. Nachdem noch der sozialdemokratische Abg. Stolle dieses Vorgehen der Landtagsmehrheit kurz gekennzeichnet hatte, stellte der Führer der sächsischen Landtagskonservativen, Abg. v. Oehlshägel, den Schlusssatz, mit dessen prompter Annahme die Sache erledigt war.

Den bösen Sozialdemokraten könnte man keinen Maulkorb anlegen, sie haben keine Hundennatur — so verfiel die Kammermehrheit auf das geniale Mittel, sich selbst einen Maulkorb vorzuzubinden und die Diebe der angreifenden Sozialdemokraten mit demjenigen Körpertheil zu pariren, dessen Vorschlebung für das Gegentheil einer müßigen That gilt. Unsere Genossen reden, und der Ordnungsbrei schweigt — aus Bosheit.

Blos aus Bosheit? Ei Herrjesse! Wenn der Ordnungsbrei etwas zu sagen wüßte, dann hätte er sich gewiß kein Papagenoschloß vor den Mund gelegt und sich zum Schweigen verurtheilt.

Der geniale Plan, durch welchen die sächsische Kammer sich die Anwartschaft auf einen Platz im Pantheon (Ruhmestempel) von Schilda erworben hat, ist die Erfindung des Urhebers der denkwürdigen An- und Abtrittsrede: des großen Adernmann.

Mit dieser Rede hat es folgende Bewandniß. Es war vor 10 oder 12 Jahren. Herr Adernmann hatte Aussicht Vizepräsident des Reichstags zu werden. Ein gewählter Vizepräsident muß aber für die Ehre danken. Und Herr Adernmann, der keine 5 Worte reden kann, ohne sie auswendig gelernt zu haben, ging also daran, seine Antrittsrede vor der kritischen Sitzung vorförmlich auszuarbeiten und zu memoriren. Dazu brauchte er eine ruhige Stätte. Er suchte und suchte. Allein alle Sprechzimmer und sonstigen Räume waren besetzt. Da bligte ein rettender Gedanke durch das Hirn des Zukunfts-Vizepräsidenten. Sieht es nicht Stätten der tiefsten Zurückgezogenheit, wo man gegen jede Gesellschaft sich abschließen kann? Gedacht, gethan. Herr Adernmann stürmt nach einem derartigen „stillen Oertchen“. Und nun begann der Schöpfungsprozess. Er vollzog sich anfangs geräuschlos. Als aber die geistige Arbeit vollbracht war, begann die des Auswendiglernens, und sie konnte nicht geräuschlos verlaufen. Meine Herren, die Ehre, die Sie mir erwiesen haben, ist so groß und hat mich so überrascht, daß ich nicht Worte finden kann, Ihnen meinen Dank genügend auszudrücken u. s. w.“, so entfloß es dem Zaun der Adernmann'schen Zähne. Die erlauchten Nachbarn — denn er hatte Nachbarn — spitzten die Ohren. Immer lauter sprach der

stacheligen Disteln, die jeder Witterung trosteten. Der Nadelwald erschien grauer, während das spärlich vorkommende Laubholz in seinen rothen und gelben Tönen vordringlich daraus hervorleuchtete. Es war still ringsumher. Kein Vogelgesang, kein Gezirpe der Grillen, kein Schwirren geflügelter Insekten, nur das Rieseln der Wasser in ihrer ununterbrochenen Melodie, die die Einsamkeit noch einsamer machte und lautloser.

Lene schritt rasch aus. Die Luft that ihr wohl und die Bewegung wirkte beruhigend auf ihr junges Herz, das in Sehnsucht nach dem geliebten Manne schlug, der sie soeben verlassen hatte.

Sie bog von der Straße ab und stieg bergan durch dünnes Gehölz, bis sie zur Umzäunung des Gebhart'schen Parkes gelangte.

Vor dem darin angebrachten Thürchen machte sie Halt.

Herrliche, hochstämmige Rosen, in Gruppen geordnet, schimmerten ihr in leuchtenden Farben entgegen.

Da erwachte in ihr die Lust, sein Stück Garten zu besuchen. Der ältere Gebhart war gestern zum Besuch seiner Frau nach Trouville gefahren, sein Bruder Max war in München, wie ihr Mann ihr gesagt hatte. Sie würde keiner Seele begegnen. Sie überlegte noch einen Augenblick, dann trat sie ein und schritt leichten Fußes über den Kiesweg dahin.

Vergnügt blickte sie um sich. Wie herrlich gepflegt war alles, ein Blumenfeld voll Duft und Ueppigkeit. Das Terrain ging stark abwärts, als sie aber um eine Baumpartie herumgekommen war, hatte sie eine weite Grasfläche vor sich, in dessen Mitte sich ein zierlicher Pavillon erhob. Er war dicht vom Pfeifenstrauch und violett blühender Clematis umrankt, die die Glasflächen und Fenster beschatteten.

Neugierig spähend guckte sie hinein, dann überschritt sie die Schwelle. Sie fühlte sich müde und ließ sich zunächst der Thür in einem bequemen Rohrstuhl nieder, stützte den Kopf auf die Hand und sah über den Garten hinweg in die Ferne, nach den den Horizont begrenzenden Bergen. Sie waren tief herab in Nebel und Wolken gehüllt, die von der Luft bewegt durcheinander wallten und bald hier, bald dort einen Riß zeigten, in dem auf Augenblicke die grauen, von einer fahlen Sonne erleuchteten Ruppen sichtbar wurden.

(Fortsetzung folgt.)

Er lachte. „Wie diese Frauen jeden Moment unserer Schwäche zu nützen wissen, es ist wirklich unglaublich!“

Er wußte was davon zu erzählen, er war so oft unterlegen und hatte sich dem gefügt, aber seiner Frau gegenüber war das was anderes, hier war er Herr und wollte es bleiben.

„Na, Schatz, mach' keine Dummheiten,“ rief er noch immer lachend; dann entschiedener: „Nein, nein, ich muß wirklich fort, das Rendezvous ist bestimmt und ich habe eine Stunde zu gehen.“

„Dann geh!“ sagte sie kurz. Sie löste ihre Arme und stellte sich auf die Hülfe.

„Ah, Du bist böse, das ist hübsch von Dir. Du willst also nicht einsehen, daß ein Mann nicht immer zu Hause sitzen kann, wie eine Frau, daß er Abwechslung und Bewegung braucht, daß er sich nach einer Thätigkeit sehnt?“

„O ja, das sehe ich ein, glaube mir. Ich würde Dich gerne im Amte sehen und auch ich möchte eine Beschäftigung haben. Aber so thue ich gar nichts und Du . . . sieh, Erich, ich will Dich gewiß an keiner Arbeit hindern . . . es beängstigt mich ja fast, daß da Tag um Tag und Woche um Woche vergeht, und Du Deine ganze Zeit an mich verzeffelt.“

Er lachte hell auf.

„Aber ich habe sie nicht umsonst vergeudet, wie?“ Er sah ihr in die Augen mit einem laßiven Blick. Sie senkte die ihrigen; ein leiser Zug der Ablehnung trat in dies reine Antlitz, aber ihre Lippe blieb stumm. Er aber hatte sie mit einem Blick an sich gezogen und flüsterte ihr ein übermüthiges Wort zu, während sich seine Finger an ihrem Hals zu schafften machten.

Da fuhr sie zurück, mit einer Geberde des Widerwillens.

„Was hast Du heute für ein Parfüm?“

„Das gewöhnliche.“

„Nein, das kenne ich, an Deinen Fingern hängt ein Duft, der mir zuwider ist.“

„Einkauf.“

„Gewiß nicht.“

„Sollte es von dem Billet herrühren, das ich soeben erhalten habe?“ und einem ausgelassenen Impulse folgend, nahm er das Billet aus der Tasche und hielt es ihr vor:

„Ist es das?“

Sie schüttelte sich: „Abscheulich!“

Er mußte über ihre Grimasse lachen:

„Höre, Liebste, Deine Geruchsnerven sind entweder krankhaft affiziert oder — er drohte ihr mit dem Finger, — das Ganze ist nur ein Mandöver, um meinen Härlichkeiten ein Ziel zu setzen — ich kenne Dich, Du Spröde, aber ich wollte Dir nur begreiflich machen, daß Dein Kleid schlecht sitzt. Siehst Du, hier fehlt's, die Büste formt sich nicht,“ wieder tasteten seine Finger an ihr herum — „und Deine Taille kommt auch nicht zur Geltung.“

Helene war roth geworden und verlegen.

„Ich glaube, es wäre gut so, weil ich doch —“

„Ganz recht, mein Weibchen, aber dann muß das anders arrangirt werden — so ist's nicht chic (hochmodisch) — und auch die Farbe steht Dir nicht.“ Er hielt sie ein wenig von sich und betrachtete sie mit einem ebenso härtlichen als mitleidigen Lächeln: „Na, Lene, kokett bist Du 'mal gar nicht.“

„Soll ich's denn sein? Wär' Dir das recht?“

„Ja, für mich sollt Du's sein. Ein junges Weib muß ihrem Manne gegenüber immer etwas kokett sein, um ihm stets reizend zu erscheinen, und ihn immer auf's neue zu erobern.“

Da hob sie den Blick und sah zu ihm empor, mit jenen ungewissen Augen, die nichts verstehen, die nicht wissen, ob er im Ernst spricht, oder im Scherz:

„So — und ich habe mir gedacht, ich hätte Dich mir schon ganz erobert und für alle Zeit?“

Sie ist ein zu lieber Kerl, sagte er zu sich, als er bald darauf in seiner Jägertracht das Haus verließ, aber ich glaube, sie ist dumm.“

Lene machte ihren Spaziergang allein. Die Straße führte, dem Walde entlang, langsam aufwärts.

Der Himmel war bewölkt, die Luft feucht, ruhig und milde.

Eine rechte Herbststimmung war über die Landschaft gebreitet. Es hatte in den letzten Wochen häufig geregnet und von den steinigten, zum Theil abgeholzten Abhängen rieselte das Wasser in zahllosen selbstgebildeten Furchen und Rinneu hernieder. Die Vegetation war noch üppig, aber Glanz und Frische hatte sie eingebüßt.

Die Gräser waren in lange Palme geschossen, die der Wind gebrochen oder gebeugt hatte; sie legten sich wirr übereinander. Die Farren begannen von der Wurzel aus zu faulen und der Sauerampfer stand in braunen zäufigen Büscheln dazwischen, gemischt mit den hochauftretenden

Zukunftsvizepräsident, der in seiner Begeisterung Ort und Zeit ganz vergaß. Eine Wiederholung folgte der anderen, bis der Text richtig auswendig gelernt war. Und befriedigt verließ der Zukunftsvizepräsident das stille Dertchen. Doch die bösen Nachbarn und unheimlichen Lauerer hatten die Dankrede, die sie so oft hatten anhören müssen, ebenfalls auswendig gelernt, und sie theilten ihren Kollegen den kostbaren Text mit. Und als der große Ademann wirklich zum Vizepräsidenten gewählt war und seine Antrittsrede begann, da tönte es ihm aus allen Theilen des Hauses im Chor entgegen: „Meine Herren!“ — „Die Ehre,“ — „welche Sie mir erwiesen haben,“ — „ist so groß,“ — „und hat mich — so überrascht“ — daß u. s. w. Und wildes Gelächter brauste durch das Haus, so daß die letzten Worte der Ademann'schen Antritts- und Antrittsrede im Getöse verloren gingen. So verduht war wohl selten ein Mensch. Und der Held dieses grotesken Abenteuers ist der Urheber des noch groteskeren Maulkorbgesetzes, vermittelt dessen die sächsische Landtagsmajorität sich selbst mundtot gemacht und ihre geistige Infolenz erklärt hat. —

Ein deutscher Innungs- und Handwerkertag wird in der letzten Märzwoche in Berlin tagen. Der Vorsitzende des Zentralausschusses der Vereinigten Innungsmeisterverbände Deutschlands, Herr Schornsteinfeger-Obermeister W. Jaster, Straußbergerstr. 18, spricht in einer vorläufigen Benachrichtigung an die Vorstände der Innungen und sonstigen Verbände und Vereinigungen die Erwartung aus, daß durch „Massigkeit der Teilnehmer“ gebührend die tiefe Erregung bezwungen wird, welche gegenwärtig den Handwerkerstand in allen Gauen Deutschlands wegen der Ungewißheit der zukünftigen Gestaltung des Handwerkes ausnahmslos bewegt.

Die sozialdemokratischen Handwerker bedürfen diesen Kongress nicht. Ihr Urtheil über den Verlepsh'schen Vorschlag stand von vorneherein fest. —

Die Reichstags-Erfahrung in Oberschlesien. Nach dem nunmehr vollständig vorliegenden Resultat der Reichstags-Erfahrung im Wahlkreise Neustadt (Oberschlesien) erhielt der Rittergutsbesitzer Deloch (deutsch-ultramontan) 3896 Stimmen, Bauerngutsbesitzer Strzoda (polnisch-ultramontan) 3419 Stimmen, Stolpe (Sozialdem.) 6119 Stimmen, Dürsch (Zentrum) 81 Stimmen, Professor Dr. Birchow 57 Stimmen. Außerdem wurden 19 ungültige Stimmen abgegeben. Es ist somit eine Stichwahl zwischen Deloch und Strzoda notwendig.

Sprengstoffverfälschung. Der „Reichs-Anzeiger“ veröffentlicht eine Polizeiverordnung, betreffend die Verfertigung von Sprengstoffen und Munitionsgegenständen der Marine- und Militärverwaltung auf Land- und Wasserwegen. —

In Ungarn hat sich die Aufregung über die Regierungsvorlage über die Zivileise noch immer nicht gelegt, eine Anzahl Abgeordnete sind demgemäß aus der Regierungspartei ausgetreten. Die Annahme der Vorlage soll trotzdem gesichert sein. —

Ueber die Verhältnisse in der ungarischen Arbeiterpartei berichteten wir schon vor wenigen Tagen. Es sei nachgetragen, daß das Hauptreferat auf dem Parteitage der Opposition Herr Paul Engelmann hielt, obgleich er Redakteur eines Bourgeoisblattes, des „Neuen politischen Volksblattes“ ist, und daß der offiziellen Parteileitung vorgeworfen wurde, daß sie sechs ihrer Mitglieder ausschließen müßte. Es scheinen demnach in keiner der beiden Richtungen die Verhältnisse so zu liegen, daß die Sozialdemokratie der anderen Länder Ursache zu besonderem Stolz auf die Entwicklung des Sozialismus in Ungarn haben kann. —

Demonstrationen gegen schweizerische Offiziere. Auch in der Schweiz giebt es Anhänger des Militarismus, so unter den Offizieren, die sich dadurch recht unliebsam in der Bevölkerung, die am Milizsystem festhält, machen. Erst unlängst erklärte sich der schweizerische Offiziersverein für ein stehendes Heer mit einjähriger Dienstzeit. Die Mißstimmung des Volkes kam am Sonnabend zum Ausdruck. Eine Orphee meldet hierüber:

In der Nacht veranstaltete eine aus mehreren hundert Menschen bestehende Menge vor dem Museumsgebäude, wo der Offiziersverein einen Ball abhielt, eine Demonstration, weil eine württembergische Militärmusik-Kapelle an Stelle einer einheimischen Kapelle engagiert worden war. Verschiedene Neben wurden gehalten und sämtliche Fenster eingeschlagen. Der Lärm dauerte bis gegen 8 Uhr Morgens, doch gelang es der Polizei, die Menge an dem Eindringen in das Gebäude zu verhindern. Es wurden mehrere Verhaftungen vorgenommen. —

Waddington, der französische Staatsmann mit dem englischen Namen, früher Ministerpräsident und viele Jahre lang Botschafter der französischen Republik in London, ist gestorben. Weit hervorragender als seine politische Wirksamkeit waren seine wissenschaftlichen Leistungen auf dem Gebiete der Alterthumswissenschaft. —

Der Abgeordnete Wasly kündigte dem Arbeitsminister eine Interpellation an gegen die Nichtzahlung von Entschädigungen an die Gruben-Inspektoren. —

Die 4 1/2 prozentige Rente Frankreichs soll in eine 3 1/2 prozentige verwandelt werden. Gelingt diese Operation, so bedeutet sie eine bedeutende Verminderung der Zinszahlung an die Staatsgläubiger. —

Die belgische Ministerkrise. Ein Telegramm aus Brüssel meldet:

Infolge der heute Vormittag stattgehabten Versammlung der Rechten ist die ministerielle Krise vollständig beigelegt; die Regierung wird daher demnächst einen Gesetzentwurf über die proportionale Vertretung einbringen.

Also Herr Beernaert bleibt. An seine Demissionen glaubte so wenig ein politisches Kind, wie man an die Drohungen Bismarck's, zurückzutreten glaubte. Die nächsten Wahlen werden aber zeigen, ob Herr Beernaert nicht doch noch gehen muß. —

In der holländischen Arbeiterpresse werden die Debatten über die Frage des Parlamentarismus rege weiter geführt. Die Mehrheit bedauert, daß der Groninger Kongress sich gegen die Beteiligung an den Wahlen ausgesprochen hat. Man erwartet trotzdem, daß die Resolution bei der Abstimmung durch das Referendum zur Annahme gelangen wird.

Angesichts der Sachlage wird auch die Frage, ob eine Spaltung erwünscht sei, lebhaft erörtert. Die Ansichten darüber sind verschieden. Von beiden Seiten werden Stimmen

laut, die eine Spaltung herbeiwünschen. Durch das Eintreten mehrerer Anarchisten in die Partei, infolge der Groninger Resolution, dürfte die Entscheidung beschleunigt werden. Es sei noch erwähnt, daß in dem Organ des Genossen Troelstra, der „Vahndreher“, ein Aufruf erschienen ist, zur Bildung eines sozialdemokratischen Wahlvereins und daß von seiner Hand bald eine Broschüre erscheinen wird: „Das Wahlrecht und die Sozialdemokratie“. —

In Italien dauert die Krise fort. Das stereotype „Alles ist ruhig“ wird praktisch kommentiert durch Berichte über Dugende von Tumulten und Zusammenstößen in allen Theilen Italiens. Ein festes Urtheil läßt sich noch nicht gewinnen. Es scheint indeß, daß es der Regierung diesmal noch gelingen wird, einen allgemeinen Aufstand zu verhindern. Damit ist jedoch nichts gewonnen. Die Politik, zu deren Durchführung Crispi die Regierung übernommen hatte, ist als gescheitert zu betrachten. Die Vorkommnisse der letzten drei Wochen und die ungeheure Aufregung, welche in diesen Ausbrüchen zu Tage getreten ist, haben die Unmöglichkeit des Fortwirthschaftens in der bisherigen Weise so klar und so überwältigend dargelegt, daß das System Crispi als gestürzt zu betrachten ist. Herr Crispi hat dies begriffen und trägt sich mit Rücktrittsgedanken. Er wird jedoch keinen Nachfolger finden, und wohl oder übel sein Amt fortführen müssen. Es wäre auch schade, wenn der Todengräber der italienischen Monarchie nicht bis zum Ende Minister bliebe. —

Folgende Depeschen liegen aus Italien vor:

Rom, 14. Januar. Der „Agenzia Stefani“ wird aus Massa gemeldet, daß bewaffnete Banden das Land zwischen Massa und Carrara durchziehen. Auf einige Gendarmen-Patrouillen wurde geschossen und dabei ein Gendarm getödtet und zwei verwundet. Die Telegraphenverbindungen sind theilweise unterbrochen; man erwartet Truppenverstärkungen. — Weitere Depeschen der „Agenzia Stefani“ aus Palermo melden wiederholt, daß auf Sizilien Ruhe herrscht.

Rom, 14. Januar. Der „Agenzia Stefani“ (M) wird aus Carrara gemeldet: In der letzten Nacht haben Anarchisten einen Anschlag ausgeführt, indem sie die Landstraße zwischen Carrara und Massa sperrten, die berittenen Gendarmen angriffen und in die Kaserne der Zollwächter eindringen; letztere wurden entwaffnet. Ein Gendarm und eine Zivilperson wurden getödtet und ein anderer Gendarm schwer verwundet.

Rom, 14. Januar. Nach weiteren Meldungen aus Carrara durchzogen gestern Abend aus Anlaß der Einberufung der Militärpflichtigen größere Arbeiterscharen unter aufwährerischen Rufen die Stadt. Als Militär einschritt, erfolgte ein Zusammenstoß. Die Menge zerstreute sich schließlich, ein Theil derselben zog jedoch nach der Kaserne der Zollwächter und zwang die Letzteren, wie bereits gemeldet, ihre Waffen auszuliefern. Die Manifestanten zogen sodann auf die Landstraße, welche nach Massa führt, und versperrten dieselbe. Zwei Karabiniere, die ihnen in den Weg kamen, wurden verwundet. Aus Livorno und Pisa werden Truppenverstärkungen erwartet.

Rom, 15. Januar. Der „Agenzia Stefani“ wird aus Carrara zu den gemeldeten Unruhen noch berichtet, daß auch die Telephon-Verbindungen unterbrochen wurden, sowie daß der Versuch gemacht wurde, einen nach Avenza gehenden Eisenbahzug zum Entgleisen zu bringen. Zahlreiche Verhaftungen wurden vorgenommen. Der in der Nacht vom 13. zum 14. verwundete Gendarmen-Brigadier ist seinen Wunden erlegen. Die Verstärkung der Garnison hat die Bevölkerung wieder beruhigt.

Rom, 15. Januar. Wie aus Carrara gemeldet wird, verbleiben die Ruheführer im Gebirge, um einen Zusammenstoß mit der öffentlichen Gewalt zu vermeiden.

Rom, 15. Januar. In verschiedenen Orten Siziliens fanden gestern neue Unruhen statt, bei welchen die Volksmasse die herangerückten Soldaten auf das Heftigste angriff. Mehrere Soldaten wurden durch Steinwürfe getödtet. Die Aufregung ist eine um so größere, als man vor einigen Tagen annahm, daß die Ruhe vollständig wieder hergestellt sei.

Rom, 15. Januar. Der „Secolo“ bestätigt die Nachricht, daß der Ministerpräsident bei Eröffnung der Kammer unumschränktes Bestimmungsrecht fordern werde über solche Reformen, die er unumgänglich notwendig erachtet. „Secolo“ fügt noch hinzu, daß die Kammer aufgelöst werden dürfte, falls sie die Forderung ablehnen sollte. —

Die Afrika „jubilirt“ wird. Wir lesen in der

„Vossischen Zeitung“ von heute Abend:

Nach einem uns übermittelten Drahtbericht aus Kapstadt sind einige vom Sambesi kommende europäische Reisende von Matabele in Inyoya ermordet worden. Bisher hatten die Matabele sich nie an Weißen vergriffen; selbst nach Ausbruch des Krieges hatte König Lobengula die in Bulawayo wohnenden englischen Händler in Freiheit gelassen, sie nicht einmal als Geiseln mit sich genommen. Die brutale Art der Kriegsführung durch die Südafrika-Gesellschaft, die Laboucheure im britischen Parlament in schärfer Weise kritisierte, die Niederschlagung von 3000 Schwarzen durch die Maxingische, scheinen auch bei den Matabele einen Gesinnungs-Umschwung bewirkt zu haben, unter dem leider unschuldige Reisende büßen müssen.

Ein Kommentar wäre eine Abschwächung. —

Aus Hawaii. Nach einer in London vorliegenden Meldung aus Honolulu vom 6. d. Mts. protestirt die provisorische Regierung in ihrer Antwort an den Präsidenten der Vereinigten Staaten gegen dessen Einmischung in die Angelegenheiten Hawaiis und weist die von demselben geforderte Demission des Cabinets entschieden zurück, indem sie erklärt, sie erwarte die Entscheidung des amerikanischen Kongresses. —

Parlamentarisches.

Die Budgetkommission setzte heute die Verathung über den Etat des Reichsamts des Innern fort. Die Etats des Reichsversicherungsamts und der Physikalisch-Technischen Reichsanstalt wurden anstandslos bewilligt und damit die fortdauernden Ausgaben erledigt. Bei den einmaligen Ausgaben kam es ebenfalls zu keiner erheblichen Disjunktion. Die Regierungsvorstellungen wurden bewilligt mit Ausnahme der Position für die erste Rate zur Errichtung eines Dienstgebäudes für das Gesundheitsamt, die bis zur nächsten Sitzung zurückgestellt wurde, weil noch genauere Pläne und Kostenanschlag vorgelegt werden sollen. Der außerordentliche Etat des Reichsamts des Innern, der aus zwei Positionen besteht, (letzte Rate zur Errichtung des Reichstagsgebäudes und achte Rate zur Herstellung des Nord-Ostsee-Kanals) wurde nach dem Antrage des Referenten genehmigt.

Nunmehr wandte sich die Verathung zu der Position, welche zur Errichtung des National-Denkmal's für Kaiser Wilhelm I als erste Rate 1 100 000 Mark in den Etat einsetzt.

Der Referent Abg. Graf Limburg-Sturum erläuterte in eingehender Weise die Entwicklung der Angelegenheit und erinnerte

darau, daß der Reichstag durch Beschluß vom 2. Juli 1890 die Entscheidung

1. über den Platz, auf welchem das Denkmal errichtet werden soll,
2. über die Gestaltung des Standbildes, und
3. über die Art, in welcher ein regerer Wettbewerb über den Entwurf auszuschreiben ist,

der Entscheidung des Kaisers anheimgegeben hat. Der Referent theilt aus der Begründung der Vorlage mit, daß die Gesamtkosten für die Denkmalanlage auf 8 Millionen Mark veranschlagt sind, von denen die oben genannte Summe von 1 100 000 M. im Etatsjahre 94/95 für Gründungsarbeiten, Beschaffung der Bildhauer-Modelle und sonstige Vorarbeiten Verwendung finden soll. Der Redner streift in seinem Vortrage die Frage, ob der Reichstag durch seinen Beschluß vom Jahre 1890 finanziell gebunden sei, die Kosten für die geplante Ausführung zu bewilligen, und kommt bei einer Besprechung des im Foyer aufgestellten Modells zu der Ansicht, daß die vorgesehene Säulenhalle für den in Aussicht genommenen Platz nicht angemessen und den architektonischen Verhältnissen der Umgebung nicht entsprechend sei. Referent schlägt vor, die Regierungsvorstellung zunächst noch nicht zu bewilligen, sondern dem Reichstage die Annahme einer Resolution zu empfehlen, in welcher die von ihm entwickelten Bedenken zum Ausdruck gebracht werden.

Der Korreferent Abg. Singer beantragt die Ablehnung der Regierungsvorstellung. Redner glaubt, daß der Reichstag durch seinen früheren Beschluß nicht gebunden sei, jede Kostenforderung für das Denkmal zu bewilligen; er will jedoch die Entscheidung über diese Frage sowohl, als über die Art der Ausführung des Denkmals denjenigen Parteien des Reichstags überlassen, die ein Bedauern nach dem Denkmal empfinden.

Die sozialdemokratische Fraktion empfindet dieses Bedauern nicht und könne sich daher solche Erwägungen ersparen. Redner ist der Ansicht, daß die gegenwärtigen wirtschaftlichen Verhältnisse es auch den anderen Parteien verbieten müßten, die Bewilligung einzutreten zu lassen. In einer Zeit, wo in weiten Volkstheilen, wenn auch offiziell nicht anerkannt, so doch thatsächlich Noth herrscht, wo die Arbeitslosigkeit einen immer größeren Umfang annimmt, wo eine bisher kaum gekannte wirtschaftliche Depression ihre Wirkung ausübt, sollte es doch selbstverständlich sein, von derartigen Ausgaben Abstand zu nehmen.

Dazu kommt noch, daß die Kosten für die Herodesverstärkung nicht durch Einkommensteuern, sondern wieder durch eine Belastung der wirtschaftlich Schwachen beschafft werden sollen. Da das Reich seine Einnahmen wesentlich aus Zöllen und indirekten Steuern zieht, die ihrer Natur nach vorwiegend auf den breiten Volksmassen lasten, so nehmen die für das Denkmal beantragten Kosten ebenfalls diejenigen Klassen der Bevölkerung in Anspruch, welche ihrer wirtschaftlichen Lage nach in heutiger Zeit am allerwenigsten im Stande sind, diese Zumuthung zu ertragen. Aus allen diesen Gründen beantragt Redner die Ablehnung der Regierungsvorlage.

Abg. Enneccerus (nationalliberal) tritt den Singer'schen Ausführungen insofern entgegen, als er glaubt, daß für das Denkmal trotz der wirtschaftlichen Nothlage Geld vorhanden sein müsse. Finanziell ist der Reichstag auch nach Ansicht dieses Redners nicht durch den früheren Beschluß gebunden. Das in Frage stehende Modell findet den Beifall des Redners in keiner Beziehung.

Von Seiten des Zentrums sprach der Abg. Kröber die Meinung aus, daß sich der Reichstag durch den früheren Beschluß nicht für die Anlage einer Ruhmeshalle in Verbindung mit dem Denkmal engagirt habe. Wegen des Beginns der Plenar-sitzung wurde die Verathung abgebrochen und bis Mittwoch vertagt.

Sitzung der IX. Kommission zur Vorberathung des Gesetzes betreffend Erhebung von Reichs-stempel-Abgaben. (Montag, den 15. Januar.) Camp zieht seinen Antrag zu Nr. 1 zurück, nachdem Träger und Richter sich dagegen wenden.

Nr. 1 a) und b) werden hierauf angenommen. Statt der Ziffer 1 und 2 beantragt Camp zu sehen. Befreit sind:

1. Alle vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes ausgegebenen bzw. — soweit ausländische Papiere in Frage kommen — mit dem Reichsstempel versehenen Effecten und die vor diesem Zeitpunkte auf solche Papiere geleisteten Zahlungen werden nach dem Gesetz vom 1. Juli 1881 beurtheilt.
2. Wertpapiere, die lediglich zum Zwecke des Umtausches ausgestellt werden, sind steuerfrei, wenn die zum Umtausch gelangenden Stücke ordnungsgemäß versteuert oder steuerfrei sind, sofern den demselben von dem Bundesrathe zu erlassenden Kontrollvorschriften genügt wird.

Träger stimmt den Anträgen Camp zu. Der Reichs-Schatzsekretär Graf v. Posadowsky wünscht den Schlußsatz, wie er in der Vorlage steht, erhalten. Hierauf werden die Anträge Camp angenommen und damit Nr. 1 bis Schluß. — Nr. 2a wird ohne Diskussion angenommen (Besteuerung inländischer Renten und Schuldverschreibungen mit 4 M. pro 1000). — Zu Nr. 2b beantragt Camp, wie in Nr. 1b das Wort „befreien“ einzufügen. Ferner beantragt Camp, ausländische Papiere statt mit 6 M. mit 8 M. für je 1000 M. zu besteuern. Graf Arnim beantragt zu sehen 1 p. c. Nach dem geltenden Gesetz werden diese Papiere mit 2 M. per 1000 besteuert. Der Antrag Camp wird angenommen. Richter beantragt in Ziffer 2 einzufügen „Kommunalverbände“ und „Kommunen“. Schoenlant stimmt dem Antrage zu, er will den Kommunen denselben Schutz zubilligen, wie ihn die Bundesstaaten und das Reich genießen. Nach längeren Erörterungen für und gegen wird die Sitzung abgebrochen.

Parteinachrichten.

Ein nachahmenswerthes Beispiel, wie sozialdemokratische Arbeiter in der Schweiz für die Ausbreitung ihrer Parteiblätter thätig sind, schildert die Berner Tagwacht wie folgt: Einer unserer Genossen hat in drei Tagen 47 neue Abonnenten der „Tagwacht“ gesammelt. Und dies in der kurz bemessenen freien Zeit, die ihm seine schwere Tagesarbeit übrig ließ. Das ist Ungeheures, Eifer und Aufopferung! — Würde jeder Parteigenosse in der oben geschilderten Weise seine Pflicht thun, die Klage, daß unsere Organe im Allgemeinen zu theuer seien, dürfte bald verstummen, denn je mehr Abonnenten ein Blatt besitzt, desto billiger ist es abzugeben. Deshalb können wir unseren Genossen nur zurufen: Gehet hin und thuet desgleichen!

Frauen als Mitglieder in Wahlvereine auf nehmen zu dürfen, ist in Sachsen bekanntlich seit einigen Jahren gestattet worden. Von diesem Rechte machten in Dresden im verfloffenen Jahre 47 Frauen Gebrauch. Nach dem der „Sozialdemokratische Verein“ zu Dresden in Altschladt in seiner letzten Generalversammlung beschloß, den Beitrag für Frauen auf wöchentlich 5 Pf. herabzusetzen, ist zu hoffen, daß noch mehr Frauen diesem Beispiel folgen werden.

Die Parteigenossen des Reichstagswahlkreises Brandenburg-Westhavelland halten am 21. Januar in Rathenow im Lokal von Friesede (Für Erholung) eine Parteikonferenz ab. Auf der Tagesordnung stehen folgende Punkte: 1. Der Stand unserer Bewegung. 2. Organisation und Agitation. 3. Die Presse. 4. Bericht der Vertrauensmänner und Wahl eines Kreis-Vertrauensmannes.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keine Verantwortung

Theater.

Dienstag, den 16. Januar. Opernhaus. Margarethe. Schauspielhaus. Ein Sommernachtstraum. Deutsches Theater. Der Pfarrer von Kirchfeld. Berliner Theater. König Richard III. Fassung - Theater. Madame Sans-Gene. Wallner-Theater. Geschlossen. Friedrich-Wilhelmstädt. Theater. Der Lieutenant zur See. Residenz-Theater. Der Mustergatte. Neues Theater. Sappho. Central-Theater. Ein toller Einfall. Berlin 1893. Adolph Ernst-Theater. Charley's Tante. Vorher: Die Bajazzi. Viktoria-Theater. Die Kinder des Kapitän Grant. Alexanderplatz - Theater. Die lustigen Weiber von Berlin. Nachher: Bajazzi. National-Theater. Der Teufel in Berlin. Nachher: Charley's Tante. Theater Unter den Linden. Salon Pöhlberger. Hierauf: Brahma. American-Theater. Lumpen - Susanne, oder: Die Obdachlosen von Berlin. Wintergarten. Spezialitäten - Vorstellung. Reichshallen-Theater. Spezialitäten - Vorstellung. Apollo - Theater. Spezialitäten - Vorstellung. Kaufmann's Variété. Spezialitäten - Vorstellung.

National-Theater.
Große Frankfurterstraße 132.
Doppelvorstellung zu bedeutend ermäßigten Preisen.
Novitäten! Novitäten!
Charley's Tante.
Große parodistische Posse mit Gesang und Tanz von Hugo Sasse. Regie: Max Samst. Musik von Adolph Wiedede. Vorher: Der Teufel in Berlin.

Der Teufel in Berlin.
Große Posse mit Gesang und Tanz in 3 Akten von Eugen Prudens. Musik von A. Wiedede. Regie: Max Samst. Kassenöffnung 6 1/2 Uhr. Anfang 7 1/2 Uhr. Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Central-Theater.
Alte Jakobstraße 30.
Ein toller Einfall.
Schwank in 4 Akten von Carl Lauff. Hierauf zum **Berlin 1893.** 24. Male: Revue in 2 Akten von S. Leipziger. Anfang der Vorstellung 7 1/2, der Revue 9 1/2 Uhr. Mittwoch d. 25. Male: Berlin 1893. Hierzu: Ein toller Einfall.

American-Theater.
Dresdener-Straße 55.
Lumpensusanne
oder:
Die Obdachlosen von Berlin.
Parodistisch-realistisches Traumbild aus dem Mühlwinkel (frei nach dem Verbrecher-Album) bearb. v. Oskar Wagner. Lumpensusanne, gen. "Die Gräfin", ein schon geprägtes Mädchen Franziska Häser. Die Bombe, Kaffervermietherin im Mühlwinkel des "Sonnenaufgangs" Josephine Delolisseur. Brunwald - mit bewegter Vergangenheit Martin Bendix. Täglich: Auftreten des besten Banquedners d. Jetztzeit **H. Blank.** Ferner u. a.: **"Direktor Hippe"** von Martin Bendix. Auftr. sämtl. Spezialitäten. Anfang Wochentags 7 1/2 Uhr, Sonntag 6 1/2 Uhr.

Passage-Panopticum.
Der Deutsche Mann mit dem Steintopf. Ohne Extra-Entree. Entree 50 Pf. Kinder 25 Pf.

Adolph Ernst-Theater.
Charley's Tante.
Schwank in 3 Akten v. Brandon Thomas. Vorher:
Die Bajazzi.
Parodistische Posse mit Gesang in 1 Akt von Ed. Jacobson u. Benno Jacobson. Musik von Franz Roth. In Szene gesetzt von Adolph Ernst. Anfang 7 1/2 Uhr. Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Kaufmann's Variété
Am Stadtbahnhof Alexanderplatz.
Täglich:
Spezialitäten - Vorstellung und Konzert.
Men! Men! Men!
Ein Stiergefecht in Cadix.
Große Ausstattung - Parodie. Pantomime mit Ballet, ausgef. von den spanischen Clowns Hermanos Boiso und sämtlichem Theater-Personal. Anfang: Sonntags 6 Uhr, Wochentags 8 Uhr. Entree Wochentags 50 Pf.

Präuser's Museum.
Tausende von anatomischen Präparaten. Schnitkanal durch fünf Körper. **Gladiatoren-Kampf.** Wunder d. Ceroplastik u. Mechanik. Täglich von 9 früh bis 10 Abends für erwachsene Herren. Dienstag und Freitag: Damentag.

Alcazar.
Dresdenerstr. 52/53 (City-Passage.)
Heute:
Debüt
neuer Spezialitäten.
Entree 15 Pf. R. Winkler.

Böhmisches Brauhaus,
Landsberger Allee.
Jeden Dienstag:
Stettiner Sänger
Anfang 8 Uhr. Entree 50 Pf. Im Vorverkauf 40 Pf. (siehe Plakate). Zum Schluss: **Neu!** Eine Soirée bei Lehmann's. Gr. parodistisches Ensemble von Meyfel. Donnerstag: Sanssouci.

Gratweil'sche Bierhallen
Kommandantenstr. 77-79. Welt. u. größt. Etablissement. Berl.
Neues Programm.
Täglich von 6 Uhr ab bei freiem Entree.
National-Konzert
D. Obenlander
in National-Tracht und Auftreten von **Künstlern u. Spezialitäten I. Ranges.**
Mr. Kauning, Concertmaler. Derselbe wird innerhalb 15 Minuten ein Oelgemälde malen, welches nach Schluß der Vorstellung verlost wird. Sonntags Anf. 5 Uhr. Entree 30 Pf.

Circus Renz,
(Karlstraße.)
Dienstag, den 16. Januar cr.: Abends 7 1/2 Uhr:
Ein Künstlerfest.
Vollständig neue und glänzende Ausstattung und Einlagen. Uebertrafende Licht- und Wassereffekte. Außerdem: 6 Rappen und Karoussel von 30 Pferden, vorgeführt v. Herrn R. Renz. Das Schulpferd Prinz, ger. von Herrn R. Renz. Die hohe Schule ger. von Fel. Oceana Renz. Pas de deux, ger. v. Miss Rose und Herrn Franconi. Der urkomische Imitator-Mohn Mr. Ybbs. Zum ersten Male in dieser Saison: Geschw. Hoffmann am schwebenden Trapez. Die Akrobaten auf dem Telephonbraut Zalva, Espana und Alvar u. Preise wie gewöhnlich. Mittwoch: Ein Künstlerfest. Der Circus ist gut geheizt. Fr. Renz, Direktor.

Unsern Kollegen Fritz Koboldt zu seinem 41. Biegebeste ein dreimal donnerndes Hoch! 1250b Die Kollegen: F. C. W. R. C. R. Fröhe zeigste Muth? Die Schittensfahrt macht's gut!!!
Am 14. d. M., Nachmittags 2 Uhr, starb nach schwerem Leiden mein lieber Mann, der Bildhauer **Otto Wolff.** Die Beerdigung findet Mittwoch Nachmittags 3 Uhr vom Trauerhause, Barnimsstraße 3, aus statt. **Mathilde Wolff,** geb. Schönfeld, nebst Kindern. 1250b

Dankagung.
Allen denen, die meinem lieben Mann und Vater, Schwieger- und Großvater und Bruder, dem Restaurateur **Karl Mautsch,** die letzte Ehre erwiesen haben, sowie für die reichen Blumen-spenden unsern herzlichsten Dank. 1252b **Familie Mautsch.**

Concordia-Festsäle
C. Saeger, 64. Andrasstraße 64.
Donnerstag, den 18. Januar:
Grosse Soirée der Norddeutsch. Sänger.
Ausgewähltes Programm. Nachdem: Familien-Kränzchen. Familien-Billets und Passaportouts behalten Gültigkeit. Anfang 8 Uhr. C. Saeger. 65/9

Etablissement Buggenhagen.
Täglich: Gr. Instrumental-Konzert. Gr. Frühstücks- u. Mittagstisch. Spezial-Ausgang von **Jahukhofer Lagerbier,** hell und dunkel. In den Wochentagen findet das Konzert in den unteren Restaurationsräumen, Entree 10 Pf. Sonntag in dem oberen Saal, Entree 25 Pf., statt. Säle für Versammlungen, Kommerse, Festlichkeiten u.

Circus G. Schumann,
Friedrich-Karl-Ufer, Ecke Karlstrasse.
Dienstag, den 16. Januar cr., Abends 7 1/2 Uhr:
Gala-Sports-Vorstellung.
Aus dem reichhaltigen Programm ist hervorzuhoben: Quadrille Noblesse mit 12 Schulpferden ger. v. 6 Damen und 6 Herren. 2 Athleten zu Pferde, dargestellt von Herrn Ad. Schumann und Aquimoff. Romische Entrees der rühmlichst bekannten Klowns **William Olschansky** und **Little Fred.** Spring-Potpourry von sämtlichen Klowns. **Mr. Eugen Leansson.** Jockey-Reiter. **Damen-Kurde-race,** ger. v. 14 Damen mit englischen Halb- und Vollblutpferden. **Albert,** in allen Gangarten der hohen Schule geritten von **Frl. Adèle Schumann.** 12 Rapphengste in 3 Abtheilungen, die 4 Sonnenstrahlen nach der bekannten Melodie. **Ta-ra-ta-boom-de-ay.** Original-Dressurd. **Hrn. Max Schumann.** Mittwoch, den 17. Januar: Große Vorstellung mit neuem Programm. Hochachtungsvoll und ergebenst **G. Schumann, Direktor.**

Oeffentl. Schneider- und Schneiderinnen-Versammlung
am Dienstag, den 16. Januar, Abends 8 1/2 Uhr, im **Viktoria-Salon,** Ferebergerstr. 13, Moabit.
Vortrag des Kollegen **L. m.** Aufnahme neuer Mitglieder in den Verband. Diskussion. 275
Zahlreiche Theilnahme ist Pflicht. Die Agitationskommission.

Dr. med. (Parteigenosse)
welcher mit der Naturheilmethode vertraut ist, wird zur Leitung einer Kur-Badeanstalt in einer großen Fabrikstadt Mittel-Deutschlands gesucht, event. ist die Anstalt auch käuflich zu erwerben und sind zur Uebernahme 6000 M. erforderlich. Auf Wunsch könnte auch ein Kompagnon nachgewiesen werden. Off. bef. d. Exped. d. „Vorwärts“ unter „Kur-Badeanstalt“.

Ein oder auch zwei Genossen
können durch Uebernahme einer Badeanstalt für Naturheilmethode, verbunden mit einem Nebengeschäft, nachweislich eine vorzügliche Existenz finden. Boarpreis 6000 M., mit Nebengeschäft 8000 M. Off. bef. d. Exped. d. „Vorwärts“ unter B. A. 1256b
Gefanglehrer 1251b gesucht für Verein zu Sonnabend. Offerten erbeten an Herrn **E. Vogt,** Friedrichsberg, Friedrich Karlstr. 33.

Achtung, V. Wahlkreis!
Große öffentl. Volksversammlung
am Mittwoch, den 17. Januar 1894, Abends 8 Uhr, im Saale des Schützenhauses, Finienstr. 5.
Tagesordnung: 1. Politische und gewerkschaftliche Organisation. Referent: Reichstags-Abgeordneter **Molkenbuhr.** 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. — Es ist Pflicht der Parteigenossen, in dieser Versammlung zu erscheinen. 379/2 **Die Vertrauenspersonen.**

Achtung! Charlottenburg! Achtung!
Große Wander-Versammlung
des Frauen- u. Mädchen-Bildungsvereins des arbeitenden Volkes für Berlin und Umgegend (Filiale Moabit)
Mittwoch, den 17. Januar, Abends 9 Uhr, im Lokal „Bismarckhöhe“, Bismarckstraße 80.
Tagesordnung: 1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten **Aless.** Magdeburg. 2. Diskussion. 3. Aufnahme neuer Mitglieder. 4. Verschiedenes. Herren und Damen als Gäste sind willkommen. Zur Deckung der Unkosten findet Teller-sammlung statt. 460/6 **Die Bevollmächtigte:** Frau Lunau, Fennstr. 10.

Verein der Lithographen, Steindrucker und Berufsgenossen Deutschlands (Filiale Berlin).
Donnerstag, den 18. Januar 1894, Abends 8 1/2 Uhr,
Mitglieder-Versammlung
im Lokale des Herrn **Philipp, Rosenthalerstr. 35.**
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen **Th. Glöckle** über: Die Ursachen der Arbeitslosigkeit und ihre Wirkungen. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. 4. Die Stellung der Verwaltung eventuell Neuwahl derselben. In anbetragt der wichtigen Tagesordnung bittet um recht zahlreichen Besuch 210/16 **Die Verwaltung.**

Freie Volksbühne.
Heute, Dienstag, den 16. Januar 1894, Abends 8 1/2 Uhr, in den Konfordinälen, Andreasstr. 64:
Ordentliche Generalversammlung.
Tages-Ordnung:
1. Verwaltungs- und Kassenbericht. 2. Bewilligung von Mantelgeldern an die Inhaber der Zahlstellen. 3. Bericht der Kommission über das geplante Concert. Die Mitglieder werden zu dieser Versammlung dringend eingeladen. Mitgliedskarte legitimirt. Von einem Mitgliede sind der Kasse 10 M. überwiesen worden. Verloren ist: am 31. Dezember bei der Vorstellung der „Weber“ ein weißes Eisenbein-Opernglas; abzugeben beim Unterzeichneten. Gefunden sind: in der Zahlstelle des Herrn **A. Ochs** 12 Bons à 10 Pf. **Der Vorstand der Freien Volksbühne.** J. A.: Julius Türk. SW., Solmsstr. 24.

Buchhandlung des „Vorwärts“ Berliner Volksblatt.
Berlin SW., Beuthstr. 2.
Soeben ist erschienen undsoon uns für den buchhändlerischen Alleinvertrieb übernommen worden:
Die soziale Lage
der
Tabakarbeiter Deutschlands
zusammengestellt nach den
Ergebnissen des Kongresses der Tabakarbeiter
zu Berlin vom 19.-25. November 1893.
Im Auftrag des Kongresses herausgegeben von der Kongresskommission.
Preis 50 Pf., franko nach auswärts 60 Pf. Wiederverkäufern entsprechenden Rabatt.
Auf 120 Seiten Großformat wird in Text und zahlreichen Tabellen der ziffermäßige Nachweis für die elende und traurige Lage der Tabakarbeiter erbracht, deren Nothlage der Reichs-schahsekretär v. **Posadowsky** in der Reichstags-sitzung vom 11. Januar schlanweg mit der Behauptung wegdiskutirt, die Lebenslage der Arbeiter sei in den letzten Jahren durch die allseitig gestiegenen Löhne wesentlich gehoben worden. Da das Material nach einzelnen Provinzen und Städten geordnet ist, Wochen- und Monatslöhne gesondert aufgeführt und daneben ausführliche Angaben über Wohnungsmiethe, Zahl und Beschaffenheit der verfügbaren Räume, Ernährung kurz über alle Lebensverhältnisse der Tabakarbeiter mitgetheilt sind, so bietet die Broschüre gerade jetzt für die Beurtheilung der Tabaksteuer-vorlage und deren Folgen, für die soziale Lage der Tabakarbeiter das sachkundigste Material. Daneben ist sie aber auch ein werthvoller Beleg zur Frage der sozialen Lebenslage der Arbeiter überhaupt.
Zahlreichen Bestellungen sieht entgegen
Buchhandlung des „Vorwärts“.

!! Arbeiter!!
Erhaltet Eure Kräfte, sie sind der einzige Reichtum, den Ihr besitzt. Trinkt daher nur gute, der Gesundheit zuträglichste Brantweine. Der beste Magenbitter der Welt ist **54852***
„Old Jack“
!! Probiret und überzeugt Euch !!
Überall zu haben, wo Platz vorhanden.
Engros ausschließlich allein bei der **French-Cognac-Brandy-Distillery** Berlin N., Oranienburgerstr. 17. Fernsprecher Amt III Nr. 34. 11376
L. Berl. Homöopath. Heil-Institut, Homöopath. Institut, Schönholzer-Engl. Dr. Deventer, jetzt Steinmehlr. 2, an der Kurfürstenstr. 10-12, 4 1/2-6 1/2, Sonntag 9-10.

Parlamentsberichte.

Deutscher Reichstag.

27. Sitzung vom 15. Januar 1894. 1 Uhr.

Am Tische des Bundesrats: v. Bötticher, Graf Posa-

domsky, Miquel.

Auf der Tagesordnung steht die erste Beratung der allgemeinen Rechnungen über den Reichs-Haushaltsetat für die Jahre 1894/95 bis 1899/00.

Abg. Bachem (Z.) weist darauf hin, daß die Vorlage schon seit langer Zeit den Reichstag beschäftigt, daß sie aber wegen der justifizierenden Ordres auf ein todes Geleise gekommen sei; er bittet die Rechnungs-Kommission, die Sache jetzt endlich zum Abschluß zu bringen.

Abg. Nickerz (freif. Vg.) führt aus, daß die Verzögerung der Erledigung dieser Vorlage eine Folge des Fehlens eines Staatssekretärs sei; er fragt, ob die Regierung nicht bald ein solches Gesetz vorlegen werde.

Staatssekretär Graf Posadowski: Die verbündeten Regierungen sind zu der Ueberzeugung gelangt, daß die Vorlage über die Einnahmen und Ausgaben erst in Preußen zur Verabschiedung gelangen müsse; dort müsse man sich über die prinzipiellen Fragen auseinandersetzen. Eine Anzahl von Vorschlägen sind schon gemacht worden, man hat sich aber noch nicht einigen können, weil die Differenzpunkte sehr weit auseinandergingen. Die verbündeten Regierungen sehen in dem Zustandekommen eines solchen Gesetzes ein notwendiges Korrelat zum Budgetrecht des Reichstages.

Abg. Bachem (Z.) hält es nicht für notwendig, daß das Gesetz über die Einnahmen und Ausgaben erst in Preußen verabschiedet wird.

Abg. Nickerz: Die Erklärung des Schatzsekretärs ist bedauerlich; warum soll das Reich erst auf Preußens Vorangehen warten? Es wäre wenigstens erfreulich, wenn der preussische Finanzminister erklären würde, daß die Vorlage jetzt dem preussischen Landtage vorgelegt werden wird.

Preussischer Finanzminister Miquel erklärt, daß an der Vorlage schon seit mehreren Jahren gearbeitet werde; es schwebten jetzt noch Verhandlungen zwischen den verschiedenen Ressorts. Ob es gelingen werde, die Vorlage noch in der jetzt beginnenden Landtagssession zur Beratung zu stellen, sei aber zu bezweifeln.

Darauf werden die Rechnungsvorlagen der Rechnungs-Kommission überwiesen.

In der Fortsetzung der ersten Beratung des Tabaksteuer-Gesetzes erhält das Wort

Abg. Wolfenbühler (Soz.): Der Abg. v. Stumm hat ziemlich alle Gründe für das Gesetz vorgebracht, welche von den Anhängern des Gesetzes angeführt worden sind. Es ist seltsam, daß man für dieses Gesetz den Tabakbauer so gern mobil machen möchte, indem man behauptet, daß diese aus dem Gesetze den meisten Nutzen ziehen werden und hierbei auch eine große Masse Leute mehr beschäftigt werden könnten. Dies würde doch nur zutreffen, wenn der Beweis erbracht würde, daß das in Deutschland mit Tabak bebaute Areal und der Konsum inländischen Tabaks erheblich steigen würden. Diese Beweise können aber nicht erbracht werden. Als 1879 das Tabaksteuer-Gesetz vorgelegt wurde, waren es gerade die Tabakbauer, die dieses Gesetz mit Freuden begrüßten, weil sie glaubten, daß ihre Lage sich dadurch bessern würde, da der Zollschuß für sie ein bedeutender war. Die Thatsachen haben aber das Gegenteil bewiesen und mußten es, denn wenn durch die Steuererhöhung eine Abnahme des Konsums eintritt, so sind es in den meisten Fällen die Armen, die meist inländischen Tabak konsumieren, welche ihren Konsum einschränken. Ähnliche Erfahrungen würden die Tabakpflanzer nach Annahme dieses Gesetzes machen und gerade sie würden schließlich nach dem Monopol verlangen. Das mag ja der Regierung sehr angenehm sein, aber ein Nutzen für die Bevölkerung kann daraus nicht hervorgehen. Abgeordneter v. Stumm meinte, daß infolge der Annahme der Militärvorlage zehnmal mehr so viel Leute beschäftigt würden, als bei der Tabakindustrie durch dieses Gesetz betroffen würden. Das könnte doch nur zutreffen, wenn die 90 000 Leute, die jetzt mehr eingestellt werden, vorher als Zivilisten überhaupt nichts gebraucht und damit keinen Arbeitern Beschäftigung gegeben hätten; aber die Zivilische und Arbeiter sind doch auch von Arbeitern angefertigt worden. Zur Empfehlung des Gesetzes wurde auch angeführt, daß es ein Glück sei, wenn Industrie-Arbeiter in solche Gegenden gedrängt würden, wo niedrige Arbeitslöhne sind. Diese sind jedoch gerade ein Unglück für die Nation, weil dadurch eine Abnahme des Konsums eintritt. Herr v. Stumm begrüßte es auch mit Freuden, wenn wieder ein Uebergang zur Peise stattfindet, weil er glaubt, daß diese die Leute zufriedener macht. Man bildet ja immer den deutschen Michel mit der Peise ab. Aber Sie brauchen nur in Ihre Werte zu gehen, um zu sehen, daß die Peise den Mann nicht immer und überall zufriedener macht. Die Regierung war in der Verteidigung des Gesetzes keineswegs glücklich; sie hat zum Teil ganz seltsame Argumente vorgebracht und hervorgehoben, daß zunächst ja die Mehrbelastung sehr leicht getragen werden könne. Graf Posadowski rechnete aus, daß bereits 147 Millionen zu Gunsten der Arbeiter infolge der Versicherungsgesetze ausgegeben würden; was sich aber nicht ausrechnen läßt, ist dasjenige, was den Arbeitern von den Arbeitgebern, die die Beiträge zahlen, infolge dessen vom Lohn abgezogen wird. Das hätte doch auch der Regierung bekannt sein müssen, z. B. aus den Vorgängen auf der kaiserlichen Werft. Der Staatssekretär führte weiter aus, daß die Löhne der Arbeiter seit 1879 erheblich gestiegen seien und zwar für die Eisenbahn-Arbeiter um 17, die Landarbeiter um 33, die Industriearbeiter um 70 pCt. Er kam dann zu einem Gesamtdurchschnitt der Lohnsteigerung von 16 pCt. Wie diese Zahl zu Stande kommt, ist mir nicht klar, es müßten denn diesen Lohnsteigerungen auch ganz erhebliche Lohnabzüge und Herabsetzungen gegenüberstehen. Der Staatssekretär sagt nun zwar, daß dieses Mehr an Löhnen von den bestehenden Klassen, von den potenten Klassen aufgebracht wird. Wenn er demgegenüber die Zahlen aufstellen würde, wie die Einnahmen der Kapitalisten, die Dividenden u. s. w. gestiegen sind, so würde er sehen, wie gewaltig sich auch die Einnahmen der Kapitalisten erhöht haben. Wenn man ausrechnet, wie hoch der Arbeitslohn zu dem Arbeitsvertrag steht, so ergibt sich, daß bei der Steigerung des Arbeitsvertrags die Arbeiter in keiner Weise berücksichtigt sind. Der Staatssekretär rechnet aus, daß die Löhne durchschnittlich um sechs Prozent gestiegen sind; die indirekten Steuern sind aber um 150 Prozent gestiegen. Nun sagt der Staatssekretär, die indirekten Steuern treffen in demselben Maße nicht die Arbeiter, weil ein großer Teil von ihnen Kost erhält, er rechnet aber andererseits aus, daß von der Ermäßigung der Handelsverträge 20 Millionen dem Arbeiter zu gute kommen. Bei allen Steuerberechnungen wird von der Regierung mit dem Kopfschlag gerechnet. Wenn zwei Familien in einem Hause wohnen, die eine von 3 Personen, die 300 M. bezahlt und eine von 10 Personen, die 500 M. bezahlt, so kann man leicht ausrechnen, daß die von 10 Personen billiger wohnt, denn sie zahlt nur 50 M. pro Kopf, während die andere 100 M. zahlt. Ferner kommen in Frankreich auf Tausend Einwohner rund 270

und in Deutschland 347 Erwerbsfähige unter 15 Jahren, also sind in Frankreich eine ganze Anzahl Erwerbsfähiger mehr. Weiter ist auch die Lage der Arbeiter in England und Frankreich mit derjenigen der deutschen Arbeiter gar nicht zu vergleichen. Nach Brentano verbraucht eine englische Weberfamilie von Mann, Frau und drei Kindern von 7—11 Jahren ca. 1000 M. jährlich, während bei uns mehr als drei Weberfamilien davon leben. Wenn man von solchen falschen Voraussetzungen ausgeht, erhält man natürlich auch falsche Resultate. Der Staatssekretär behauptete, daß in Frankreich infolge der Tabaksteuer-Erhöhung der Konsum nicht abgenommen habe; er konnte keine anderen Zahlen als die aus dem Jahre 1874 mitteilen. Im Vergleich zu dem im Jahre 1873 hatte allerdings kein Konsumrückgang sich gezeigt, wohl aber im Vergleich zu 1872. Der Staatssekretär hat ferner einen Bundesgenossen von einer Seite erhalten, von der er sie nicht erwartet hat. Es ist die „Neue Zeit“ zitiert worden, und die Artikel von Unus. Es wurde in der „Norddeutschen Zeitung“ so dargestellt, als ob von einem sozialdemokratischen Zigarrenarbeiter dieselben geschrieben seien. Das konnte aber nur einer glauben, der von der Sache nichts versteht. In der „Neuen Zeit“ werden Streitfragen behandelt, und sobald ein Artikel der Aufnahme werth ist, kommt es so genau auf die Tendenz nicht an. Aber auch dieser Artikel ist zu Ungunsten der Vorlagen geschrieben. Der Verfasser ist gar nicht einmal ein Deutscher, sondern ein ausländischer Gelehrter, der vom Grafen Guelenburg als staatsgefährlich ausgewiesen ist. (Hört! hört! links.) Der Staatssekretär hat gemeint, daß man im Falle der Abschaffung des Kaffees, Petroleumzoll u. s. w. die reichsten Leute mit 16 pCt. direkter Steuern belasten müßte. Das hätte zunächst das Gute, daß diese reichsten Leute bei neuen Militärforderungen etwas rebellisch würden. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Das will die Regierung verhüten, sie will, wie der Reichskanzler meinte, das Eigentum schützen. Nun frage ich Sie aber, wer kann eher die 16 pCt. seines Einkommens bezahlen, der arme sächsische Weber, der für indirekte Steuern für Salz, Petroleum u. s. w. 12—15 pCt. von seinem jährlichen Einkommen von weniger als 500 M. abziehen muß, oder der Millionär. Allerdings ist der Tabak kein Lebensmittel, gegessen wird er nicht, aber viele andere Industrie-Artikel, wie Tapeten, künstliche Blumen u. s. w. sind es auch nicht und sie vertragen eine Besteuerung ebenso wenig, wie der Tabak. Die Monopolländer Frankreich, Oesterreich und Italien beschäftigen kaum halb so viel Arbeiter wie Deutschland. Auch in England ist die Tabakindustrie nicht sehr entwickelt, weil eine sehr hohe Steuer auf ihr lastet. Amerika ist allerdings das Land der Fabriksteuer, aber es braucht solche Kontrollen nicht wie sie hier vorge schlagen werden, weil es von der Werthsteuer sehr bald zurückgekommen ist. Ich glaube auch schwerlich, daß man bei uns die Kontrollen durch Fabrikanten würde ausüben lassen. Die amerikanische Steuer ist aber für uns deshalb wenig verlockend, weil sie circa 32 Millionen Dollars einbringt. Man hat auf die Agitation hingewiesen. Der Einfluß der Fabrikanten ist vorwiegend bei den Handelskammern hervorgetreten, nicht auf die Arbeiter. Beide sind sich nicht besonders freundlich gesinnt. Die Frankfurter Resolution der Fabrikanten, welche sich gegenzeitig beglückwünscht hatten, daß sie durch Hunger die Arbeiter gezwungen hätten ihre Organisation aufzugeben, hat in Arbeiterkreisen eine große Erbitterung hervorgerufen. Gäbe die Regierung ein Gesetz, durch welches die Tabakfabrikanten ein wenig getroffen würden, ohne daß die Arbeiter in Mitleidenschaft gezogen zu werden bräuchten, es würde keine Vergnügter geben als die Tabakarbeiter. Das Gesetz von 1879 hat die Arbeiter schwerer getroffen als die Regierung glaubt. Gewiß ist der Konsum nicht erheblich zurückgegangen. Für die Arbeiter ist dies aber kein Wunder; sie wissen, daß sie die Peche haben bezahlen müssen. 1879 waren in Deutschland 117 000 Personen in der Tabakbranche beschäftigt, 1882 nur 110 000. Damals trat eine gewaltige Geschäftskrise ein und ein großer Teil der Zigarrenarbeiter ging ins Ausland. Dann trat ein Aufschwung ein, aber nicht etwa in Hamburg und Bremen, sondern in Baden. Dort hob sich die Zahl der Tabakarbeiter von 8000 im Jahre 1878 auf 11 514 im Jahre 1882 und 24 000 im Jahre 1892. Die Zahl der männlichen ging von 39,4 pCt. im Jahre 1882 auf 82 pCt. im Jahre 1892 zurück. Der höhere Zoll und die höhere Steuer ist von den Fabrikanten einfach den Arbeitern am Lohn abgezogen worden. Da wundern sich die Finanzminister, daß der Konsum an Zigarren nicht zurückgegangen ist; er konnte nicht zurückgehen, weil eine Vertheuerung der Waare nicht eingetreten ist. Der Konsum des Rauchtabaks ist zurückgegangen, weil hier eine Abwälzung auf den Arbeitslohn nicht möglich war. Die neue Steuererhöhung kann nicht wieder auf den Lohn abgewälzt werden, weil bei den heutigen Löhnen die Arbeiter nur noch existieren können, wenn sie mit aller Kraft arbeiten und ihre Familienmitglieder zur Arbeit mit heranziehen. Die Fabrikarbeiter bringen des Abends noch Arbeit mit nach Hause und arbeiten noch auf eigene Rechnung. Dabei müssen Kinder im jartesten Alter helfen. So bringen Mann, Frau und Kinder soviel zusammen, daß sie nothdürftig leben können. In manchen Strafanstalten müssen die Fabrikanten höhere Löhne für die Gefangenen zahlen, als die freien Arbeiter bekommen. Die Tabakarbeiter stränden sich daher mit aller Gewalt gegen die Steuererhöhung, weil wieder ganz gewaltige Lohnabzüge stattfinden und sie auf den Hungeretat gesetzt werden. Die Behauptung des Schatzsekretärs, daß in Frankreich der Konsum nicht zurückgegangen sei, ist falsch und wird durch die Befestigung des Herrn v. Stumm nicht richtiger. Bekommt der Arbeiter für dasselbe Geld in Zukunft 4 statt 5 Zigarren so raucht er nur 4, nicht weil damit sein Bedürfnis befriedigt ist, sondern weil er nicht mehr Geld hat. Mancher Dienstmann wird in Zukunft bei seinen Gängen nicht mehr eine Zigarre geschenkt bekommen. Auch auf diese Weise wird der Konsum abnehmen. Die Regierung nimmt ja selbst einen Konsumrückgang von 1/3 an. Der kleine Fabrikant kann keine Papiere bei der Steuerbehörde hinterlegen, wird also keinen Steuerkredit bekommen. Die kleinen Fabrikanten, die oft nur aus Noth Fabrikanten geworden sind, wenn sie keine Arbeit finden konnten, sind aber auf lange Kredite angewiesen. Und die Tabakhändler, die ihnen bisher das Rohmaterial gern aus Kredit gaben, weil sie sich immer an die Vorräthe halten konnten, wenn einer nicht bezahlte, werden das nicht mehr thun, wenn der Fiskus zuerst zugreift, sobald die Steuer nicht bezahlt wird. Die Kontrollmaßregeln sollen ebenso beim Branntwein und beim Zucker getragen werden können. Brennereien und Brauereien sind völlig abgeschlossene Räume bei kleinen Fabrikanten ist Wohnung und Fabrik dasselbe, er arbeitet in der Wohnstube und zieht im Sommer in einen anderen Raum um, wenn ihm die Sonne zu sehr herein scheint, er trocknet den Tabak bald im Hause, bald außer dem Hause. In Zukunft darf er es nicht mehr außerhalb, weil er sonst als Desraudant mit dem Gesetz in Konflikt kommt. In der Buchführung soll ja den kleinen Fabrikanten Erleichterung gewährt werden, die nur bis zu vier Arbeitern beschäftigen. Diese Ausnahme nützt ihnen aber nichts, wenn sie einmal wegen einer größeren Bestellung mehr Arbeiter brauchen. Die kleinen Leute führen einfach so Buch, daß sie, wenn einer nicht bezahlt, es in der Kasse ansprechen und später bei der Bezahlung einen Strich durch machen. Die Eintragung in das Fakturenbuch soll erfolgen, sobald die Zigarren aus der

Fabrik entfernt werden. Mancher kleine Fabrikant geht Sonnabends, wenn er nicht genug zur Lohnzahlung hat, mit einigen Hundert Zigarren bei Gastwirthen und Kaufleuten hockern, und weiß bei der Entfernung aus der Fabrik noch gar nicht, ob er die Zigarren absetzt und wieviel er dafür bekommt, die Konsumanten sollen ihre Fakturen drei Jahre lang aufbewahren. Da kaufen sie lieber beim Händler und ziehen dem kleinen Fabrikanten ihre Kundenschaft. Und wie wird das Gesetz auf dem Lande wirken! Der kleine Fabrikant, der bald in der Wohnstube, bald in der Kammer arbeitet, bald auf dem Feuerherd, bald auf dem Boden seinen Tabak trocknet, soll alle diese Räume jedesmal anmelden, oder er ist Desraudant! Die kleinen Landkramer wissen wohl den Pflug zu führen, aber nicht die Feder. Wenn einmal eine Rechnung bezahlt werden soll, müssen das Gefangbuch und alle sonstigen Bücher danach durchsucht werden, wo sie geliebt ist. Die Regierung hat eine so gute Meinung vom Volke, daß keine Desraudationen vorkommen werden. Die einfache Gemohnheit wird schon zu solchen Verstößen gegen das Gesetz führen. Die Tabakbauer werden auch nicht mehr absehen, denn wenn so viele kleine Fabrikanten ausscheiden und nur wenige Großbetriebe sich in Besitz der Fabrikation setzen, so kommen die Tabakbauer sogar in eine schlimme Lage, denn nicht die kleinen, wohl aber die großen Fabrikanten können sich drücken. So werden die neuen Lasten theils auf die Arbeiter, theils auf die Tabakbauer abgewälzt werden. Auch die Nebengewerbe, die Kistenmacher, Steinbruder, Bandwirker u. werden in Mitleidenschaft gezogen werden, denn es wird an der Ausstattung gespart werden. Der Erfolg wird folgender sein: Zunächst wird, wie Sie selber zugeben, die Zahl der in der Zigarrenfabrikation beschäftigten Arbeiter um ein Sechstel zurückgehen. Es ist viel um die Zahl gestritten worden, ob es 160 oder 130 000 sind. Der Staatssekretär nahm außer 108 000 Fabrikarbeitern nur 27 000 Hausarbeiter an. Das ist aber falsch, da in der Hausindustrie nicht nur ein, sondern immer mindestens zwei Arbeiter gerechnet werden müssen, da die Frau doch auch mitarbeitet. Immerhin handelt es sich um eine Entlassung von 20—30 000 Arbeitern, die um ihre Existenz kommen. So würden Sie aber andere Gesellschaftsklassen nicht plagen. Sie würden wohl zurücksehen, ein Gesetz zu machen, welches nur 10 Millionen ihrer Existenzbedingungen beraubt. Aber 20 000 Arbeiter können ja betteln gehen und sich der Prostitution in die Arme werfen. Zur Zeit, als das Branntweinsteuer-Gesetz geändert wurde und man einen Konsumrückgang befürchtete, bewilligten Sie den Brennern 40 Millionen Mark Vorschuss; als das Zuckersteuer-Gesetz geändert und dadurch eine Steuer beseitigt wurde, die den Zuckerfabrikanten widerrechtlich große Profite abwarf, so sorgte man für eine Entschädigung dieser Leute. Aber den 20 000 Arbeitern bietet man keine Entschädigung. Hiernach können Sie doch sehr leicht die Erregung begreifen, die in Arbeiterkreisen herrscht, und daß gerade die Zigarrenarbeiter mit großer Sorge in die Zukunft blicken. Jetzt wissen sie, daß sie schwer unter diesem Gesetz leiden werden. Diese Tausende Arbeiter, die verhungern müssen und als Bagabunden auf die Landstraße geworfen werden, verursachen aus Arbeiterkreisen einen entschiedenen Protest gegen dieses Gesetz. Gerade dieser Umstand sollte Sie bewahren, das Gesetz erst in eine Kommission zu verweisen. Weisen Sie das Gesetz so schnell wie möglich zurück und geben Sie dadurch zu erkennen, daß der Reichstag sich nicht zum Mitschuldigen daran machen will, daß viele Tausende von Arbeitern verhungern oder auf die Verbrechensbahn getrieben werden. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Preussischer Finanzminister Miquel: Ist denn nicht in den letzten 3, 4 Jahren das Verhältnis der Reichsfinanzen zu den Einzelstaaten sehr verschoben worden? Kann man dieser Thatsache gegenüber in Nichtsthun verharren, zumal manche andere Vorlagen, welche hier zur Annahme gelangt sind, ohne Einnahmeverlust entstanden sind. (Sehr richtig! rechts.) Dieser Einnahmeverlust bedeutet eine Verminderung der Belastung der inländischen Bevölkerung und zwar an der empfindlichsten Stelle, in der Belastung der Nahrungsmittel. Man kann sich nicht damit trösten, daß in wenigen Jahren die Zolleinnahmen durch den größeren Import steigen würden. Bei einzelnen Artikeln kann der Import sich so steigern, daß der Einnahmeverlust ersetzt wird; aber bei den Artikeln, die hier von entscheidender Bedeutung sind, kann man das nicht erwarten, namentlich beim Getreide und Viehholz und auch z. B. beim Wein, wo trotz des gesteigerten Imports eine Verminderung der Einnahmen sich ergeben hat. Für die preisgegebenen Einnahmen wünschen wir einen Ersatz. An die Stelle der Zölle auf Getreide und Fleisch stellen wir die Steuer auf Tabak. Dazu kommt noch die Steigerung der Militärkosten um rund 60 Millionen. Dadurch werden die Finanzverhältnisse des Reichs zu den Einzelstaaten entschieden alterirt. Deshalb wird man die Forderung der Regierung auf Vermehrung der Reichs-Einnahmen als berechtigt anerkennen müssen. Das Steigen der eigenen Reichs-Einnahmen wird mindestens ausgegogen werden durch die Steigerung der nothwendigen Reichs-Ausgaben. Auf die Forderung einer regelmäßigen Schuldentilgung haben wir verzichtet müssen. Das ist recht, denn man in einem kurzen Zeitraum zwei Milliarden Schulden macht und zwar für Zwecke, die nicht unmittelbar eine Rente ergeben. Wie soll der vorhandene Fehlbetrag gedeckt werden? Sind hier im Hause in der Debatte praktische Vorschläge gemacht worden, welche im Reichstag die geringste Aussicht auf Erfolg hätten? Ich verneine das. Man will keine indirekten Steuern, sondern eine Reichs-Einkommensteuer. Wenn ein Antrag eingebracht würde, würde man sich bald überzeugen, wie gering die Zahl der Stimmen dafür ist. Ich habe dargelegt, wie schon praktisch, abgesehen von unserem Föderativsystem, eine Reichs-Einkommensteuer undurchführbar ist. Denn eine Reichs-Einkommensteuer neben den bestehenden staatlichen Steuern kann man doch nicht einführen. Sie als Zuschlag zu diesen Steuern zu erheben, ist noch unmöglicher, weil einzelne Staaten keine solche Steuer erheben. Die Reichs-Einkommensteuer setzt unbedingt einen Einheitsstaat voraus; ich kenne keinen Föderativstaat mit einer solchen Steuer. Wenn man sich über alle Schwierigkeiten hinwegsetzt, so kann die Einkommensteuer einen Einheitsstaat machen. Eine Wehrsteuer ist zweierlei: Kopfsteuer oder Einkommensteuer. Gegen die letztere Form sprechen dieselben Bedenken wie gegen die Einkommensteuer. Eine Kopfsteuer aber wäre die größte Ungerechtigkeit. In unserem deutschen Staatswesen ist keineswegs alles möglich, was in einem Einheitsstaate wie Frankreich und Italien möglich ist. Wir müssen unsere Verfassungsverhältnisse berücksichtigen. Eine Erbschaftsteuer für Erbschaften unter Ascendenten, Descendenten und Ehegatten würde noch am leichtesten von Reichs eingeführt werden können, weil die meisten Einzelstaaten bei so naher Verwandtschaft keine Erbschaftsteuer haben. Um einen erheblichen Betrag zu erzielen, müßten aber die Steuerfäße so hoch sein, daß sie sehr drückend werden, namentlich weil die Verhältnisse der Erben durch den Tod des Vaters, dessen Arbeitseinkommen wegfällt, meist schlechter, nicht besser werden. Herr von Hammerstein hat wieder auf das Bier verwiesen. Ich will die Frage unbeantwortet lassen, ob die Bedenken gegen die Erhöhung der Biersteuer ebenso groß sind, wie gegen die Tabakfabriksteuer; aber es hat sich herausgestellt, daß in allen Parteien eine Gewerkschaft gegen die Biersteuer besteht, sodas wir

auch ohne die Erklärung des Reichskanzlers eine Biersteuer-Vorlage nur hätten machen können, wenn wir uns um die Anschauungen dieser großen Körperschaft gar nicht gekümmert hätten. Die Biersteuer hätte namentlich Norddeutschland getroffen. Es liegt mir dabei fern, eine Abrechnung zwischen den einzelnen Theilen des Reichs vorzunehmen, wie das vielfach in Süddeutschland noch geschieht. Norddeutschland hat die Gesetzgebung über sein Bier dem Reich übertragen; die Süddeutschen haben dabei mitzureden. Man hat von Luxussteuern gesprochen. Das Rauchen ist nicht immer ein Luxus, es ist eine berechtigte Erholung; aber das übermäßige Rauchen ist kein Bedürfnis; der Tabak bleibt immer nur ein Genussmittel. Für den größten Theil Deutschlands ist der Genuss des Weines auch nur ein Genussmittel der vornehmeren Klassen. Was lag näher, als daß nach dem Branntwein auch der Wein herangezogen wird, um so mehr, als man den Zoll auf Wein heruntergesetzt und den Gemeinden verboten hat, ihrerseits den Wein zu besteuern. Die Quittungs- und Frachtbriefsteuer treffen die untern Klassen fast gar nicht. (Widerspruch links.) Wir haben möglichst dahin gestrebt, solche Gegenstände zu besteuern, welche wesentlich die wohlhabenden Klassen gebrauchen. Das Wort des Herrn Reichskanzlers ist also von den verbündeten Regierungen vollständig erfüllt worden. Nun komme ich auf die Frage, in welcher Form soll der Tabak, wenn er besteuert werden mußte, getroffen werden. Eine Erhöhung der Gewichtsteuer war unmöglich; die Gewichtsteuer trifft den geringwertigen Tabak am höchsten; eine Erhöhung dieser Steuer würde diese Ungerechtigkeit vervielfacht haben. Es würde auch eine ganz gewaltige Verschiebung in der Lage der verschiedenen Landestheile herbeigeführt werden. Die Tabakpflanzler würden diese Steuer nicht tragen können, schon die bestehende Gewichtsteuer hätte über kurz oder lang den ganzen deutschen Tabakbau vernichtet. Auf die Lage der kleinen Tabakpflanzler mußten wir Rücksicht nehmen. Die Erhebung des Zolles nach Wertklassen ist eingehend erwogen worden, aber gerade die Darlegungen von Hamburg und Bremen haben uns überzeugen müssen, daß das ein vergebliches Unternehmen wäre. Es blieb also nichts weiter übrig als das Monopol oder die Fabriksteuer. Daß wir nicht einen zweiten Versuch mit dem Monopol machen wollten, wird begreiflich sein; die Lage der Arbeiter wäre dadurch noch mehr verschlechtert worden. In Rußland und Amerika besteht die Fabriksteuer und in keinem der beiden Länder denkt man daran, sie aufzuheben. Eine gleichmäßige Steuer für billige und für theure Waare kann man ertragen, wenn sie gering ist; je höher sie wird, desto unerträglich wird sie. Es ist in den Debatten nichts vorgeschlagen worden, was leichter durchzuführen wäre. Man will den Einnahmehedern nicht von Reichswegen bedenken, sondern die Einzelstaaten heranziehen. Der Abgeordnete für Bremen hat sehr richtig gesagt, daß seine Bundesleute lieber eine Erhöhung der Matricularumlage wollen als die Tabaksteuer. Bremen ist durch seinen Handel am Tabak sehr interessiert. Die Matricularumlagen sind Kopfsteuern; dabei macht Bremen ein gutes Geschäft; die Reichsfinanzverwaltung kann aber nicht die reicheren Landestheile begünstigen, sie muß eher die ärmeren begünstigen. Welche Ungleichheit kann durch die Matricularumlagen entstehen. Ob Bayern seine Umlage durch Zuschläge zu den Brutto-Realsteuern deckt oder Preußen durch Zuschläge zur Netto-Einkommensteuer ist ein gewaltiger Unterschied! Zu welchen Finanzverhältnissen muß das führen. Solange ich Finanzminister bin, werde ich es für meine verfluchte Pflicht und Schuldigkeit halten, für geordnete Finanzen zu sorgen. Wenn jetzt der Hehlbetrag auf die Matricularbeiträge gelegt wird, wann will man denn gegen eine weitere Vermehrung derselben Stellung nehmen? Man muß das doch jetzt bei einer so erheblichen Mehrbelastung thun; nachher, wenn es sich um wenige Millionen handelt, wird man kaum einen Anstoß dazu haben. Ich wende mich an die Patrioten. Welche Mißstände werden durch ein solches Verfahren hervorgerufen! Ich wende mich an diejenigen, welche die Schicksale der Einzelstaaten vor Augen haben. Welche Zustände sollen denn dort entstehen, wenn Sie zurückkommen mit leeren Händen und mit der Steigerung der Matricularbeiträge um 60 Millionen? Die Interessenten wehren sich wie ein Mann; das ist begreiflich. Aber es fragt sich, wer ist stärker, die Interessenten des Tabaks oder des Weines oder die großen Bedürfnisse des Reichs und der Einzelstaaten. Wenn das Wort des Reichstags ablehnend ausfällt, wird es dann Ruhe geben? Wenn die Zuschläge zur Einkommensteuer empfindlich höher werden, wird man da nicht fragen, weshalb ist man am Tabak vorbeigegangen? Herr von Hammerstein hat für die Zeiten der Noth das Monopol angelündigt. Ist es da nicht zweckmäßiger, eine Fabriksteuer einzuführen, eine Belastung von 2 M. pro Kopf gegen 7 M. in Frankreich und 5 M. in Spanien? Wenn die Tabakinteressenten das ruhig erwogen hätten, wenn sie die Höhe der Steuer oder die Kontrolle bemängelt hätten, aber mit der Reform der Steuer sich einverstanden erklärt hätten, so wäre Ruhe geworden. Wir thun dem Gewerbe eine Wohlthat, wenn wir die Frage nicht hängen lassen, sondern sie endlich entschieden entscheiden. (Sehr gut! rechts.) Ein Konsumrückgang kann nicht erwiesen werden; darüber giebt es nur Vermuthungen. Ich bin der Ueberzeugung, daß kein Konsumrückgang eintritt, daß die Zahl der verwendeten Arbeiter nicht geringer sein wird als früher. In Deutschland wird sehr viel geraucht, daß ich mir einen Konsumrückgang auf die Dauer nicht vorstellen kann. Die Uebergangszeit wird schwierig sein; das wird für die Fabrikanten und die Arbeiter sehr unliebbar sein. Aber der größte Theil dieser Nachteile ist schon jetzt vorhanden, ob Sie die Tabaksteuer annehmen oder nicht. Denn die Fabrikanten, die so siegesgewiß dastehen, als wenn die Fabriksteuer nicht angenommen wird, haben sich darauf eingerichtet, daß sie angenommen wird und Vorräthe aufgehäuft. (Sehr richtig! rechts.) Auch die Privaten haben sich schon mit Vorräthen versehen. Wenn bei Ablehnung der Vorlage ähnliche Vorlagen später wieder kommen werden, denn Vertreter einzelner Staaten haben schon erklärt, daß sie sich dabei nicht beruhigen würden, ist es da nicht besser, die Vorlage jetzt zum Abschluß zu bringen! Wenn Sie bezüglich der Kontrollvorschriften in der Kommission uns nachweisen, daß sie übermäßig sind, so werden wir entgegenkommend uns verhalten. Ich fürchte aber, es wird nicht möglich sein, unnötige Vorschriften nachzuweisen. Das Streben der verbündeten Regierungen wird stets dahin gehen, daß die kleinen Unternehmer nicht beeinträchtigt werden. Ueber die Segnungen der Hausindustrie irt man sich. Ich kenne dieselbe durch Augenschein; ich halte sie gesundheitslich für sehr nachtheilig. Ein großer Theil dieser Hausindustrie ist durchaus selbstständig. In Westfalen sind 2/3 der Hausindustriellen selbstständige Arbeiter. Für die kleinen selbstständigen Unternehmer, welche nicht über die nöthigen Räume und über die nöthige Kenntnis zur Nachahmung u. s. w. verfügen, ist die Pauschalierung vortausend und die Regierungen werden dabei sehr entgegenkommend verfahren. Wenn nach 1879 der Rückgang ein so geringer war, der nicht einmal ganz berechnet werden kann, wenn der Rückgang so schnell überwunden werden könnte, wie viel leichter muß es diesmal geschehen. Damals wurde der Werthe Konsum getroffen, während heute sich die Steuer dem Werthe anpaßt. Vorübergehend kann vielleicht eine kleine Verminderung des Konsums eintreten, vielleicht ergibt sich aber auch bloß eine kleine Verschiebung von oben nach unten. Die Raucher werden sich an eine geringere Sorte gewöhnen, was sehr leicht sein wird. (Weiterleit.) Man sollte meinen, daß gerade die kleinen Fabrikanten Vortheile haben werden; sie machen doch nicht die feinsten Sorten Zigarren und der Massenkonsum wird nach dieser Vorlage zunehmen. Man wirft der Regierung vor, daß sie die Unzufriedenheit schürt und eine Menge einzelner Familien ruiniert. Man fragt, warum greift Ihr nicht zur Luxussteuer. Wenn eine Equipagensteuer eingeführt wird, werden die Wagenbauer nicht sehr bald dieselben Einnahmen erheben? (Sehr richtig! rechts.) Irgend eine

Steuer auf irgend einen Verbrauchsgegenstand wird immer von der betreffenden Industrie ertragen werden können, weil der Verbrauch sich nicht verringert. Bei Luxussteuern wird eine Verringerung des Verbrauches eintreten. Damit will ich nicht sagen, daß man nicht in Zukunft auch zu Luxussteuern kommen könnte; prinzipiell sind die verbündeten Regierungen nicht dagegen eingenommen. Vor einer Heranziehung der wohlhabenden Klassen scheuen wir uns gar nicht; ich habe selbst unter der Abneigung dieser Klassen zu leiden gehabt, als den wohlhabenden Personen 40 Millionen Mark Steuern mehr auferlegt wurden; man hat mir damals den heftigsten Widerstand entgegengesetzt. Hier traten dieselben Leute für die Reichs-Einkommensteuer ein, die für das Reich allerdings nur eine Theorie ist. Ich würde die Kosten gern direkt auf die Schultern der reichen Leute legen; aber beim föderativen System ist das nicht möglich. (Widerspruch links.) Das Verhältnis der indirekten Steuern zu den direkten bleibt immer noch ein günstigeres als in anderen Staaten. Von einer systematischen Belastung der untern Volksklassen kann also nach meiner Ueberzeugung nicht die Rede sein. Herr von Hammerstein spricht von einer Verschiebung der Fabrikation nach Süddeutschland zu Ungunsten Preußens. Wenn Sie die Steuer abgelehnt, bringen Sie in die Tabakindustrie Ruhe (Weiterleit links), Sie entlasten die Tabakpflanzler, ziehen den reichen Raucher entsprechend seiner Leistungsfähigkeit heran und entlasten den Raucher billiger Sorten, und Sie thun einen gewaltigen Schritt zur Ordnung unserer Finanzen, Sie entlasten die Matricularumlagen. Ein zunehmendes Votum zu dieser Vorlage wird Ihnen keine Neue bereiten. (Beifall rechts.)

Abg. v. Arnswald-Gardenhofel (Weiss) erklärt sich gegen die Vorlage, weil er noch auf dem Boden der Resolution Bennigsen von 1869 steht, wonach der Tabak keine weitere Belastung erfahren kann.

Abg. Weber-Heidelberg (ntl.) hält es für zweckmäßig, die Kosten der Militärvorlage durch eine Vermehrung der Einnahmen aus dem Tabak zu decken; aber es sei nicht gerade notwendig, aus dem Tabak 40-45 Millionen Mark zu ziehen. Man könnte die Steuerhöhe wohl etwas herabsetzen, den Zoll aber erheblich erhöhen, und dadurch könne man wohl 30 Millionen Mark mehr erzielen. Redner bestreitet, daß ein Konsumrückgang eintreten wird. Welcher andere Artikel kann denn eine Mehrbelastung aushalten? Will man die Biersteuer erhöhen oder will man Alles auf die Matricularbeiträge legen? Vorübergehende Arbeiterentlassungen werden eintreten, schon weil große Vorräthe aufgehäuft sind. Aber eine dauernde Verminderung der Zahl der Arbeiter wird nicht eintreten. Deshalb sage ich: Prüfen Sie Alles und behaltet das Beste zum Vortheil des Reichs und der Einzelstaaten! (Beifall bei den National-liberalen.)

Abg. Richter (Br. Sp.): Der Minister sprach von den Einnahme-Anfällen infolge der Handelsverträge. Dabei rechnete er die Ausfälle infolge des russischen Vertrages auch schon mit ein. Offensichtlich tritt er nunmehr eifriger als bisher für diesen Handelsvertrag ein (Weiterleit) und giebt seine kühle Reserve auf. Als über die Handelsverträge verhandelt wurde, hat auf diesen Punkt niemand einen Werth gelegt; ja man hat nicht einmal eine Ermäßigung der Einnahmen aus den Getreidezöllen angenommen; die Einnahmen sind auch dieselben geblieben und die Regierung selbst hat kein Gewicht darauf gelegt. Der Minister hat von den Schulden gesprochen; wenn die Minister davon nur dann sprechen wollten, wenn neue Anleihen gemacht werden sollen! Was hat es denn mit der Schuldentilgung auf sich, wenn immer neue Anleihen aufgenommen werden? Man muß immer mehr einmalige Ausgaben auf die laufenden Einnahmen verweisen; das ist auch jetzt schon in großem Umfange geschehen. Wenn der Finanzminister gefragt hat, wie die Ausgaben gedeckt werden sollen, so haben wir von vornherein die Befreiung der Liebesgabe und der Jückerprämien verlangt. Herr Miquel meint, daß dafür keine Mehrheit vorhanden ist. Deswegen bleibt der Vorschlag immer so gut wie die Vorlage, für welche auch keine Mehrheit zu finden ist. (Weiterleit. Zuruf rechts: Abwarten!) Ach nein, da bin ich sehr sicher. Wenn man wieder solche Ausgaben macht, dann soll man erst händlich vorher für die Bewilligung der Einnahmen sorgen. (Sehr richtig! links.) Hätte man gewünscht, daß diese Steuer hinter der Militärvorlage stehe, man hätte keine Mehrheit dafür gefunden. Die Steuer vorlagen sollen nur die wohlhabenden Leute treffen. Das ist nicht richtig. Die Fracht- und Quittungs-Stempelsteuer wird abgewälzt werden auf diejenigen, welche die transportirten Waaren verbrauchen u. s. w. Daß beim Tabak die Gewichtsteuer nicht wesentlich erhöht werden kann, ist richtig, weil durch den Zollschuß ein so großer Tabakbau großgezogen worden ist. Das Kontrollsystem muß bei der Fabriksteuer in Kauf genommen und deshalb ist die Steuer doppelt verwerflich. Die Ungerechtigkeit des Gewichtsteuer-Systems ist bei allen Konsumartikeln vorhanden. Kann der Minister die in einer schlechten Lage befindlichen Hausindustriellen in eine bessere Lage versetzen? Er nimmt ihnen überhaupt die Existenzfähigkeit. Das ist die Methode des Dr. Eisenhart, der die Leute nach seiner Art kurirt. In der Radirung des Agrariers ist der Minister erschienen und hat die Vortheile für die Tabakpflanzler hervorgehoben. Die Tabakpflanzler wollen gar nicht die Fabriksteuer, sondern höchstens einen größeren Schutzoll. Wer hat denn die Agitation angefangen? Der Finanzminister selber hat durch seine Trabanten schon im August und September Lärm schlagen lassen. Man mußte beinahe annehmen, daß das ganze Volk die größte Sehnsucht nach der neuen Finanzreform hätte. Die Tabakinteressenten haben eher zu spät als zu früh mit ihrer Agitation begonnen. Der Minister meinte, die Ablehnung der Vorlage bedeute einen Verzicht auf ewig bezüglich der Tabaksteuer. An anderer Stelle meinte er, eine Verabredung werde doch nicht eintreten. So hat Fürst Bismarck auch operirt; aber er wurde auch als Minister als etwas dauernder angesehen. Heute macht uns aber das Ministerium in allen seinen Theilen einen sehr schwachen Eindruck. Ruhe wird die Industrie vielleicht bekommen, aber die Ruhe des Kirchhofs, die Arbeitslosigkeit für Tausende von Arbeitern. Die Tabakindustrie glaubt selbst nicht an die Ablehnung der Vorlage, meint der Finanzminister, weil sie sich für die Uebergangszeit durch verstärkte Produktion rüsten. Ich würde daraus den Schluß ziehen, die Vorlage sofort in zweiter Lesung im Plenum abzulehnen. Diejenigen Herren, welche für die Kommission stimmen, wollen ja nur ein schöneres Begräbniß, ein Begräbniß erster Klasse, für die Vorlage wähen. Vergessenwärtigen wir uns doch die Steigerung der indirekten Steuern im Reich; je höher die Steuerhöhen sind, desto einschneidender wirken dieselben für die Industrie. Immer wieder hören wir, der Tabak ist nicht so notwendig zum Leben. Es wird doch die Sache nicht besteuert, sondern der Konsum. Die Perspektive der erhöhten Matricularbeiträge schreit mich garricht. Die Umlagen sind keine vortreffliche Einrichtung; aber die Einzelstaaten haben sich die Ueberweisung der Ueberrückfälle zu diesem System gefallen lassen. Die Einzelstaaten werden sich doch erst überlegen, ob sie nicht die fehlende Summe decken können aus andern Einnahmen, ehe sie zur Erhebung von Zuschlägen zur Einkommensteuer schreiten; es könnten sich ja auch verschiedene andere Steuerquellen finden. Wie kann man denn in Preußen einen Zuschlag zur Einkommensteuer erheben, während ein Drittel der Einnahmen aus der Einkommensteuer vorläufig beiseite gelegt und kapitalisiert wird. Der Minister stellt die Abgeordneten der Einzelstaaten dem Reichstage gegenüber. Es scheint jetzt die Absicht zu sein, in dem Landtage demnächst größere Demonstrationen zu machen. Sind wir denn aus höheren Dimensionen gekommen? Wir sind doch in den Einzelstaaten gemählt worden. Der Standpunkt des Herrn Freyer ist nicht der Standpunkt der Mehrheit des Hauses. Aber mit diesem Standpunkt konnte der Finanzminister vollständig zufrieden sein; denn danach würden außer den anzunehmenden Steuern nur noch 9 Millionen Mark zur Deckung der Militär-

kosten erforderlich sein. Der Finanzminister verlangt von den Patrioten geordnete Finanzen. Ja, schaffen Sie geordnete Erwerbsverhältnisse, dann kommen die geordneten Finanzen von selbst. Aber solche Steuerprojekte müssen ja die Unternehmungskraft schwächen. Gewisse Zeichen einer Besserung sind vorhanden, wie Herr v. Stephan auf dem Bankett des Handelslages, dem ja auch der Herr Finanzminister Miquel beigewohnt hat, mitgetheilt hat. Da brauchen wir doch nicht zu verzweifeln. Die Gesamterlöse der Einzelstaaten belaufen sich auf Milliarden; eine Besserung um 1 pCt. beträgt also schon 50 Millionen Mark. Deshalb ist es nicht richtig, unter solchen anormalen Verhältnissen einen normalen Steuerplan aufzustellen. Allerdings wird man in Zukunft nicht so sehr an dem Vollen wirtschaften dürfen wie bisher. Wenn das erreicht wird, so wäre das noch ein Nebenerfolg der Ablehnung dieser Vorlage. Der Finanzminister meinte, welcher Empfang würde den Abgeordneten zu Theil werden, wenn sie mit leeren Händen kämen. Der allerhöchste Empfang wird denen zu Theil werden, die diese Vorlage annehmen würden. (Beifall links.)

Finanzminister Miquel: Der Redner meinte, ich hätte mir für den Ausfall an Getreidezöllen schon einen Ersatz durch die Aushebung der lox Quene gewähren lassen, und wollte jetzt noch einmal einen Ersatz haben. Die Einnahmen aus der lox Quene sind nicht der Kaffe des Staats zum Vortheil geworden, sondern sie dienen nur zum Ersatz des Ausfalls an aufgehobenen Steuern. Herr Richter hat die Finanzen Preußens als glänzende dargestellt. Als ich 1860 die Reform der Einkommen- und Gewerbesteuer vorschlug, hatten wir in Preußen einen Ueberschuß von 100 Millionen Mark. Da wandte sich Herr Richter gegen die Reform der Gewerbesteuer und verlangte deren einfache Aushebung. Man hat aber die Gewerbesteuer reformirt und den Kommunen überwiesen; die preussischen Kommunen können zugrieden sein, daß man dem Rathschlage des Herrn Richter nicht gefolgt ist. (Zuruf Richter's: Das habe ich niemals gerathen.) Herr Richter hat ferner gesagt, man sollte in Zukunft nicht mehr Ausgaben bewilligen, als man Einnahmen bereits besitzt. Die Reichsfinanzreform hat eben den Zweck, ein anderes Verfahren zu verhindern; in diesem Punkte stimme ich also einmal ausnahmsweise mit Herrn Richter überein. Wenn Herr Richter die mittleren Klassen nicht belassen, die Frachtbriefe und Quittungsstempel nicht bewilligen will, dann muß er erst die Tabaksteuer bewilligen. (Weiterleit.) Welche Besteuerung soll dann in einem Lande eingeführt werden, wo 95 pCt. der Bevölkerung den Mittelklassen angehört. Ganz verumwundet hat mich, daß der Redner meinte, daß wir den Tabakbau unglücklicher Weise groß gezogen hätten. Darüber sollte sich doch alle Welt einig sein! (Sehr richtig! rechts.) Bei der jetzigen Steuer haben die Klagen der Tabakbauern niemals aufgehört, die Einfuhr fremden Tabaks hat sich ständig gesteigert. Ich denke darüber nicht gering. Was wir in Deutschland herstellen können durch eigene Arbeitskraft, wollen wir in Deutschland herstellen. (Zustimmung rechts.) Nach Einführung der Fabriksteuer wird die Frage des Schutzolles eine ganz andere sein. Das fiskalische Interesse wird, da wir dieselbe Steuer vom inländischen wie vom ausländischen Tabak beziehen, nicht mehr davon berührt. Die Frage der Ueberweisungen und Matricularumlagen kann nicht für Preußen allein entschieden werden. Die anderen Staaten haben keine lox Quene gemacht. Die Ueberweisungen haben sich vermindert, in den letzten 5 Jahren um 50 Millionen und sind jetzt um 32 Millionen für Preußen niedriger als die Matricularumlagen. Kann eine gesunde Finanzwirtschaft bestehen bei Schwanenungen von 80 Millionen bis minus 32 Millionen? Was sollen die preussischen Abgeordneten dazu sagen? Es wäre ein schwerer sozialer, nationaler und politischer Schaden, wenn die Einzellandtage gezwungen werden, sich in dieser Weise in Gegensatz zur Finanzpolitik des Reichs zu stellen. Die Mehreinnahme aus der Einkommensteuer in Preußen deckt nur den Ausfall aus der Aufhebung der Realsteuern. Das hätte doch Herr Richter auch wissen können. Daß die Tabakpflanzler an der Sache kein Interesse hätten, werden wohl die Sachverständigen aus der Pfalz besser verstehen als der Redner und es ist nur zu bedauern, daß die Bauern durch die intelligente Agitation der Fabrikanten an ihrer Sache irre geworden sind. Wir werden sie aber darüber aufklären, und dann werden sie auf unserer Seite sein, nicht auf Seite des Herrn Richter. Eines will ich dem Centrum noch sagen: Es ist alle Zeit ein besonderes Kunststück der parlamentarischen Taktik des Herrn Richter gewesen, sich hinter das Centrum zu verstecken, dasselbe in die Opposition hineinzureißen und vorzuschleichen. (Weiterleit.) Ob ihm das jetzt noch gelingen wird, ist mir doch sehr zweifelhaft; an so erfahrenen, das Ganze übersehenden Männern, wie sie im Centrum sitzen, gehen parlamentarische Kunststücke absolut wirkungslos vorüber. (Große Heiterkeit.)

Abg. Born v. Busach (Elssasser, Hospitant der Deutsch-konservativen) tritt im Interesse der elsässischen Tabakpflanzler für die Vorlage ein. Redner beantragt, die Vorlage der für die Stempelsteuer-Vorlagen eingesetzten Kommission zu überweisen. Damit schließt die Debatte. Die Abgg. Brüning und Sigl beklagen sich darüber, daß ihnen durch den Schluß der Debatte das Wort entzogen ist.

Die Vorlage wird darauf der Stempelsteuer-Kommission überwiesen.

Schluß 6 1/2 Uhr. Nächste Sitzung Mittwoch 1 Uhr (Anträge aus dem Hause).

Tokales.

Die Arbeiter-Bildungsschule feierte am 13. Januar ihr drittes Stiftungsfest. In dem großen Saale der Branerei Friedrichshain wogte und drängte sich eine ungeheure Menschenmenge. Der Saal war sinnreich decorirt mit Fahnen und Singsprüchen, und auf die herbeigeströmten Arbeiterthoren blühten von der Bühne, halb in einem reichen Palmenarrangement verborgen, die Wästen von Cassale und Karl Marx herab. Das von 42 Herren des Civil-Berufsmüller-Vereins unter Leitung des Herrn Schonert ausgeführte Konzert fand dankbare Anerkennung, ebenso die Leistungen des mitwirkenden Gesangvereins Berliner Buchdrucker und Schriftsetzer Typographia. Der von A. Wih gedichtete und von Herrn Winkler gesprochene melodramatische Prolog, welcher Herrn Kurz Gelegenheit gab, der Orgel Stimmen erbrausen zu lassen und der Typographia, ihre Gesangsleistung zu beweisen, entfesselte einen wahren Beifallssturm. Doch das brausende und wogende Meer glättete sich allbald, als Wilhelm Liebknecht die Festbühne betrat, um durch eine Geburtstagsrede dem Feste die rechte Weihe zu geben. Wir feiern heute, so begann er, das dritte Stiftungsfest der Arbeiter-Bildungsschule. Gestern vor drei Jahren stand ich hier an derselben Stelle. Der Saal war gedrängt voll, wie heute, von Arbeitern, die herbeigeströmt waren, um eine Anstalt zu gründen, die ihnen die geistigen Waffen liefern soll, die zum Siege unentbehrlich sind. Groß war die Begeisterung, groß waren die Hoffnungen. Diese haben sich nicht ganz und voll erfüllt. Das Werk war zu groß, um plötzlich fertig geschaffen werden zu können. Wir haben die uns entgegenstehenden Schwierigkeiten nicht sofort ganz zu übersehen vermocht. Mancher Mißgriff wurde gemacht, manches Mißverhältniß waltete ob. Es soll Niemandem daraus ein Vorwurf gemacht werden. Ein solches Werk muß langsam wachsen und reifen. Durch Jerschämmer nur lassen sich die richtigen Wege finden. Die Bildungsanstalten der bürgerlichen Gesellschaft sind für diese berechnet, sie fälschen die Wissenschaft. Wir sind berufen, eine neue Gesellschaft aufzubauen, doch dazu bedarf es geistiger Waffen, und der Masse unserer Arbeiter fehlt es an Bildung, und für unsere Schulen fehlt es an Lehrern. Die Lehrer sind an bürgerlichen Bildungsinstituten herangebildet. Das befähigt sie noch lange nicht, an einer Arbeiter-Bildungsschule Arbeiter zu unterrichten. Es ist

ein anderes Werk, Kinder zu bilden, als Arbeiter. Dort weiches
Wachs, hier hartes Erz. Erwachsene Arbeiter müssen anders
erzogen werden als Kinder. Hier gilt es, die Lücken im Wissen
von Männern auszufüllen, die knirschend fühlen, daß die bürgerliche
Gesellschaft ihnen Bildung und Wissenschaft vorenthält.
Die Lehrer müssen selbst erzogen werden. Das war
die größte Schwierigkeit, mit der wir zu kämpfen
hatten. Dazu kommen die theueren Miethe für Schulräume,
die weiten Entfernungen. In Leipzig war die Sache leichter.
Dort waren nicht die Miethekosten, die Entfernungen, wie hier.
Doch alle Schwierigkeiten haben wir eine nach der anderen über-
wunden. Ist der Bau auch nicht so großartig ausgefallen, wie
er gedacht war, so haben wir doch nun einen festen Grund, Er-
fahrungen, einen Stamm von Lehrern, einen festen Stamm in
der Arbeiterschaft, der einen noch größeren Bau auf seinen
Schultern zu tragen vermag. Durch Jerichow fährt der Weg
zur Wahrheit. Durch unsere Fehler haben wir gelernt. Deut
nach drei Jahren haben wir Erfahrungen gesammelt, wir sehen,
daß unser Bau jetzt auf festem Boden ruht, wir können nun mit
sicherer Berechnung arbeiten. Aufgabe der Schule ist es, das zu
lehren, was in den bürgerlichen Schulen nicht oder, was noch
schlimmer ist, gefälscht gelehrt wird, das Wissen, dessen die
Arbeiter zum Siege in ihrem Befreiungskampfe bedürfen. Es giebt
Fächer, die in den Fortbildungsschulen nicht genügend gelehrt
werden. So die Nationalökonomie. Wo die bürgerliche Gesell-
schaft durch ihre Organe diese lehrt, fälscht sie sie. Es giebt
keine Parteiwissenschaft, aber es giebt wahre Wissenschaft
und gefälschte Wissenschaft. Wahre Wissenschaft zu lehren, ist
Aufgabe der Arbeiter-Bildungsschule. In engem Zusammen-
hange mit der Wissenschaft der Nationalökonomie steht die
Geschichte. Die bürgerliche Gesellschaft lehrt sie als das
Werk einzelner bevorzugter Menschen. Wie wir die Geschichte
zu lehren haben, ist sie durch und durch demokratisch,
wir treiben Willkür und Zufall heraus, wir zeigen, daß unsere
heutige Kultur Kollektivarbeit, das Werk der gesamten
Menschheit ist, zu der Jeder sein Scherlein nach Kraft und Be-
fähigkeit in Jahraufende langer Entwicklung beigetragen hat
und beiträgt. Jeder hilft Geschichte machen. Die heutige Kultur
ist das Produkt der Entwicklung und nicht von einzelnen
Menschen, und wären sie auch sogenannte Säularmenschen, ge-
macht. Eine Welt ist im Niedergehen, eine neue Welt erhebt
sich. Der Kampf zwischen beiden ist ein gewaltiger und erheischt
Männer. Die führenden Personen haben keinen Einfluß auf den
Gang der Entwicklung. Wir treiben keinen Personenkultus.
Wir sind die Partei der Freien und Gleichen. Personenkultus
wird in jeder anderen Partei getrieben, in der unsrigen nicht.
Wer Personenkultus treibt, hat die geschichtlichen Entwickelungs-
gesetze und die Prinzipien der Sozialdemokratie nicht begriffen.
Wir arbeiten mehr mit an der Entwicklung der Menschheit,
als oft die Personen, die an der Spitze von Staat und Gesell-
schaft stehen. Das lehrt unsere Geschichte. Es ist eine schein-
revolutionäre Lehre aufgetaucht, die da sagt: Meine Person ist
das Höchste, ich setze über Allen und Allem. Das ist der
Anarchismus. Er ist nur eine andere Form des Individualis-
mus, welcher ist das Grundprinzip der heutigen Gesellschaft.
Das anarchistische Grundprinzip, das absolute Recht des Ich, ist
ein Jurisdiktionsrecht in die dunkelste Vergangenheit. Es ist der
thierische Kampf ums Dasein. Das einzelne Individuum
stellt sich über die Gesellschaft. Hier Despotismus, hier
Anarchismus. Das wollen wir nicht. Nicht soll der Stärkere
den Schwächeren niederwerfen, zusammenschließen sollen sich alle
als Brüder und Genossen, unterordnen soll der Einzelne sich unter
die Gesamtheit und sich doch voll entwickeln; mitkämpfen sollen
Alle an der Umbildung der heutigen Gesellschaft, mitwirken an
dem Aufbau einer neuen Welt. So geeint sind wir eine Macht,
gegen die alle Machtmittel der Gegner machtlos sind. Ebenso
wird in der Naturgeschichte in den Fortbildungsschulen nicht die
materialistische Weltanschauung gelehrt, sondern das gerade
Gegentheil. Den höheren Schulen gestattet man wohl, die
Wahrheit zu lehren, den Arbeitern giebt man sie nicht, weil man
sie da fürchtet. Darum muß auch dieses Hoch gepflegt, muß die
Arbeiter-Bildungsschule erhalten werden. Ebenso wenig wird
Hygiene und Gesesundheit oder doch nicht ausreichend in den
Fortbildungsschulen gelehrt. Beides ist von größter Wichtigkeit
für die Arbeiter. Die Partei ist nicht gegen die Arbeiter-
Bildungsschule. Wir brauchen sie sehr nötig, wenn sie
ihre Aufgabe erfüllt. Die Partei hat unter dem Sozialisten-
gesetz die theoretischen Arbeiten vernachlässigen müssen.
Wir haben gefunden und schwer empfunden, daß Lücken
entstanden sind, daß die Ausbildung unserer Streiter
zum theoretischen Kampfe hinter der Ausbildung derselben zum prakti-
schen Kampfe zurückgeblieben ist. Aus den Kreisen der Arbeiter müssen
Lehrer herangezogen, herangebildet werden. Unsere Gegner sagen,
unsere Partei verachte die Wissenschaft. Eine Partei, die
einen Marx und Lassalle zu Gründern hat, trifft dieser Vor-
wurf nicht. Begreiflich ist es, daß die Männer, die aus der bürger-
lichen Gesellschaft zu uns kommen, mitunter einem gewissen Miß-
trauen begegnen, eine Probezeit durchzumachen haben. Das ist
aber nicht Verachtung der Wissenschaft. Die Bildungsschule soll
zwischen Partei und Schule hat nie bestanden. Dieser Glaube
beruht auf Mißverständnissen, die uns fernherin nicht
mehr in den Weg treten werden. Niemand ist in
der Partei, der nicht wünscht, daß die Bildungsschule
ihre Ziele erreichen möge. Man begrabe alle Mißbilligungen.
Wir brauchen Handeln und Wissen. Was ist aber Handeln ohne
Wissen? Ein blindes Dreinschlagen, ein Zerhören. Was ist
Wissen ohne Handeln? Todte Gelehrsamkeit. Wo ein Wille ist,
findet sich auch ein Weg. Der Wille muß wissend, muß bewußt
werden, das ist das Bestreben unserer Partei, die selber als
Ganzes eine große Bildungsschule ist. Was an politi-
schen und ökonomischen Kenntnissen, an befreiendem Wissen die
Arbeiter seit Jahrzehnten gelernt haben, das haben sie von der
Sozialdemokratie gelernt. Die Partei betrachtet die Bildungs-
schule, wie jede dem Bildungsbedürfnis der Arbeiter dienende
Schule für notwendig zur Erziehung der Arbeiterklasse, zur
geistigen Emanzipation, ohne die der politisch-ökonomische
Emanzipationskampf aussichtslos. Thun Sie alles, was in
Ihren Kräften steht, um das Ideal zu erreichen, welches
uns bei der Gründung der Schule vorgeschwebt und stimmen
sie mit mir ein in den Ruf: Die Arbeiter-Bildungsschule lebe
hoch! Brausend ertönte der vieltausendstimmige jubelnde Chorus
durch den Saal als ein freudiges Gelächern, zu leben und zu
streben für die Arbeiter-Bildungsschule. Programmäßig verlief
im Weiteren das dritte Stiftungsfest. Erst um 2 Uhr morgens
nahm der Tanz seinen Anfang.

An die Genossen und Arbeiter Schönebergs. Die
Wahlerte zu den Gemeinderatswahlen liegt in der Zeit vom
15. bis einschließlich 30. Januar, von Morgens 8 bis
Nachm. 3 Uhr, im Rathhause zur Einsicht aus. Für die Ge-
nossen und Arbeiter, denen es an Zeit mangelt, die Listen ein-
zusehen, sind bereit, dies zu thun, die Genossen Siegler,
Göhrst. 43, Hoffmann, Sedanstr. 11; Häfelbusch,
Bahustr. 45. Der Vertrauensmann.

Ein Beitrag zur staatlichen Arbeiterfreundlichkeit.
Die in der letzten Stadtverordneten-Versammlung bei Be-
rathung des Senger'schen Antrages wegen Errichtung von Wärmehallen
vom Stadtverordneten Ralisch gemachte Mittheilung, daß
der Zentralverein für Arbeitsnachweis vom Eisenbahnklaus in
der Miethe der für die Wärmehallen benutzten Stadtbahn-
böden am Alexanderplatz gesteuert wurde, ist durchaus zu-
treffend. Dem Zentralverein für Arbeitsnachweis sind sämt-
liche von ihm für den Arbeitsnachweis und die Wärmehallen be-
nutzten vier Stadtbahnböden gelündigt worden; gleichzeitig aber
ist durch den Eisenbahnklaus die Bereitwilligkeit ausgesprochen
worden, einen neuen Miethevertrag bei einem um 200 M. für
jeden Bogen erhöhten Miethepreis abzuschließen. Für den

fünften Bogen muß der Verein sogar eine noch höhere Miethe
zahlen. Diese Maßregel muß allgemeines Aufsehen erregen. Der
Gesamtvorstand des Zentralvereins hat beschlossen, bei dem
Minister für öffentliche Arbeiten wegen Aufhebung der Maßregel,
die den Wohlthätigkeitsdienst des Vereins ungebührlich erschwert,
persönlich vorstellig zu werden.

Das wird nicht viel helfen, da in Geldangelegenheiten be-
sonnlich auch beim arbeiterfreundlichen Staat die Gemüthlichkeit
aufhört.

Eine rege Agitation gegen die Konsumvereine wird
jetzt in Berlin betrieben. Wir würden von derselben an dieser
Stelle keine Notiz nehmen, wenn diese Agitation nicht unter der
Flagge der Sozialdemokratie betrieben würde. Es hat eine Zeit
gegeben, die nun fast drei Jahrzehnte hinter uns liegt, als der
Kampf gegen die Konsumvereine seine volle Berechtigung hatte,
als Schülze-Delisch die Konsumvereine und das sonstige
Genossenschaftswesen als die Mittel zur Lösung der
sozialen Frage bezeichnete. Heute fällt dies neman-
den mehr ein, die Konsumvereine sind bescheiden
geworden, sie begnügen sich damit in der Regel, Waaren reiner
Qualität und zum Theil zu etwas billigerem Preise als die
meisten Kaufleute zu liefern. Es liegt somit gar kein Grund
vor, gegen die Konsumvereine einen Kampf seitens der Sozial-
demokratie zu eröffnen.

Wir leugnen nicht, daß durch die Konsumvereine so manche
private Interessen geschädigt werden können und dies wird desto
mehr geschehen, je besser die Konsumvereine geleitet
werden, je weniger sie verälschte Waaren, je billiger
sie liefern, mit einem Worte, wenn ihre Konkurrenz eine
sehr wirksame sein wird. Wir begreifen vollkommen,
daß die Geschädigten sich gegen die Konsumvereine organisieren,
wir aber, als Sozialdemokraten, haben diesem Kampfe ruhig zu-
zusehen, er geht die sozialdemokratische Partei nichts an, am
allerwenigsten haben wir uns darauf einzulassen, daß unter
unserer Firma dieser Kampf auskämpft wird. Dieser Kampf
ist die naturgemäße Folge des wirtschaftlichen Entwickelungs-
kampfes, der Großbetrieb vernichtet eben den Kleinbetrieb.

Da wir zu dieser Sache uns so stellen, wie jeder Sozial-
demokrat sich stellen muß, so entsenden wir zu diesen Versammlungen
keine Berichterstatter. Wenn uns heute jemand schreibt,
daß er deshalb aus der Partei austreten will, so überlassen wir
das ruhig seinem politischen Gewissen.

**Aufgehoben ist von der Direktion der Berliner Straßen-
reinigung** die kürzlich von uns niedriger geführte Verordnung,
durch welche die Arbeitszeit der städtischen Straßenreiner um
eine halbe Stunde verlängert wurde.

Von den humanen Grundzügen unserer Kirchenbehörden
giebt wieder der folgende Vorfall Kenntniß. Am 8. d. M. sollte
die Leiche des Grünkrämbdlers P. aus der Waldemarstraße
nach der Leichenhalle des Thomas-Kirchhofes überführt werden.
Nachdem alle die vielen gesetzlichen Formalitäten erfüllt waren,
stellte sich zum Schluß nur ein Hinderniß entgegen, nämlich dieß,
daß der Todte anstatt mit einem Wagen dritter Klasse mit
einem solchen zweiter Klasse befördert werden mußte. Es war das
weniger die Schuld der Hinterbliebenen, als die des Fuhrwerks-
besizers, der, in Ermangelung eines anderen Wagens, dem Todten
diese Vergünstigung zu theil werden ließ. Jedoch der Todten-
gräber dachte hierüber anders, durch die Thore seines Friedhofes
kommt niemand, der nicht ganz genau die Formalitäten der
Kirchenbehörde erfüllt und dieser war angezeigt, daß der Todte mit
einem Wagen 3. Klasse befördert würde. Deshalb blieben auch trotz
aller Versuche die Thore geschlossen und es erschien denn auch dem
Kaufherrn kein anderer Ausweg, als den Sarg vor dem Thore des
Kirchhofes abzugeben. Wie lange er dort gefanden hat, ist uns
unbekannt, nachträglich scheint sich der Herr Todtengräber aber
doch eines anderen besonnen zu haben, denn der Sarg war nach
geraumer Zeit von der Stätte verschwunden.

Ob denn solche Mißgehe auch zur Erstarkung des religiösen
Gefühls für notwendig erachtet werden? Oder sollten sie nicht
vielmehr manchem die Augen öffnen?

Drei berüchtigte Vogelfänger aus Rixdorf wurden am
Freitag in Treptow bei ihrem Gewerbe abgefaßt und dingfest
gemacht. Den gefangenen Vögeln wurde die Freiheit wieder-
gegeben.

Das stittliche Berlin. In dem nach der Straße Unter den
Linden belegenen Schaufenster des Passage-Panoptikum war seit
ca. 8 Tagen eine Episode aus dem Großstadtleben, und zwar
eine Szene aus dem ältesten Volkstheater der Residenz (dem „Bast-
haus“) in einer plastischen Gruppe, wie man sie in anderen
Städten wie Paris, London, Wien u. a. nicht nur in Wachfiguren-
Kabinetts, sondern auch in den Schaufenstern großer Magazine
sicht ausgestellt. Diese Gruppe ist nun seit Sonnabend plötzlich,
auf polizeiliche Anordnung, gegen eine Konventionalstrafe von
300 M. pro Tag den Blicken des Publikums entzogen und zwar
dadurch, daß man die Scheiben dieses Schaufensters von innen
verhängt hat.

Wenn das die Moral der Berliner Faschingsfigerel nicht
fördert!

Schon wieder ein Unfall auf der Eisenbahn. Als am
Sonntag Morgen der Schaffner W. auf der Hamburg-Lebter
Bahn vom Trittbrett eines Wagens steigen wollte, trat er fehl
und geriet unter die Räder. Dabei wurde ihm der rechte Arm
zermalmt, das linke Bein vier Mal gebrochen. Der Bedauerns-
werthe wurde in das Augusta-Hospital eingeliefert, wo sofort
eine Amputation des Armes vorgenommen wurde; das Bein
wird in einigen Tagen entfernt werden. Der Jammer seiner
benachrichtigten und sofort herbeigeeilten Frau soll herzzerreißend
gewesen sein, welche nach so wenigen Stunden der Trennung
ihren Mann in solchem Zustande wiederwand.

Mit der Junge an eine Thürklinke festgefroren ist
gestern Nachmittag der in der Brunnenstraße wohnhafte Schlosser-
lehrling Giese. Andere Knaben hatten ihn veranlaßt, doch ein-
mal die Klinke anzuleiden. Als er dies that, froz die Junge
natürlich sofort an. Auf das laute Geheul des Jungen stürzten
Nachbarkinder herbei und erlösten den armen Schelm von seiner
Qual, indem sie die Junge mit warmem Wasser begossen und so
von der Klinke lösteten.

**Auf dem Eise hat sich der 23jährige, zuletzt in Berlin
lebende Agent Eohn erschossen.** Er hielt sich bei Bekannten in
Friedrichshagen auf und hatte sich am Sonnabend entfernt, um
Schlittschuh zu laufen. Vermuthlich ist er nach Köpenick ge-
gangen und hat von dort aus die Eisbahn der Dahme und des
Langen Sees aufgesucht. Er wurde noch lebend nach Friedrichs-
hagen gebracht, starb jedoch wenige Stunden darauf. Er hinter-
läßt Frau und Kind.

Das Opfer eines frechen Spindubens ist das in den
40er Jahren lebende Dienstmädchen unverehel. Thomschke
geworden, welche bei einem Schlächtermeister in der Friedrichs-
felberstraße bedienstet ist. Durch jahrelange unermüdete Thätig-
keit hatte sich die Th. 578 M. erspart und nach der städtischen
Sparkasse gebracht. Das Sparkassenbuch übergab sie der Sicher-
heit halber einer entfernten Verwandten, der in der Erstraße zu
Rixdorf wohnhaften Wittve Häbusch, zur Aufbewahrung. Im
Laufe des vorigen Jahres übergab Fräulein Th. der genannten
Wittve noch weitere 100 M. mit dem Auftrage, dieselben gleich-
falls bei der Sparkasse einzulassen. Der etwa 20 jährige Sohn
der Wittve, Viktor Häbusch, der als Registrator bei einem
Berliner Rechtsanwalt beschäftigt war, eignete sich nun aber
nicht nur die 100 M. an, sondern gab auch seine Stellung
auf und lebte fortan nur noch von den Ersparnissen des
bedauernswerthen Dienstmädchens, die er nach und nach bis
auf 224 M. abgehoben hat. Obwohl Fräulein Th. wiederholt
ihr Sparkassenbuch verlangte, wurde ihr dasselbe von Häbusch
und dessen Mutter stets unter allerlei Vorwänden vorenthalten,

bis am letzten Donnerstag Fräulein Th. entschieden vorging und
nun der Diebstahl entdeckt wurde. Als sie sich nach dem Ver-
bleib ihres Geldes erkundigte, wurde sie einfach an die Luft ge-
setzt. Nunmehr erstattete die Betrogene Anzeige, worauf Häbusch
der noch äußerst frech war, am Freitag in Untersuchungshaft
genommen wurde. Frau Häbusch wird wegen Delerei gleichfalls
unter Anklage gestellt werden. Die Vertrauensseligkeit des Dienst-
mädchens ist um so unbegreiflicher, als es bereits vor einigen
Jahren durch einen Schwindler einen verhältnißmäßig hohen Ver-
trag verloren hat.

Polizeibericht. Am 13. d. Mts. Vormittags stürzte auf
dem Neubau des Reichstagsgebäudes ein Arbeiter von einer
Leiter und schlug mit dem Kopfe derartig auf den Boden, daß
er besinnungslos liegen blieb. Er wurde nach der Charitee ge-
bracht. — Gegen Mittag stürzte in der Kronenstraße ein Arbeiter
in der Trunkenheit hin und verlor sich derartig am Hinter-
kopfe, daß er mittels Krankenwagen nach der Charitee gebracht
werden mußte. — Abends erklang sich ein seit längerer Zeit
geisteskranker Kaufmann in seiner Wohnung, in der Essenerstraße.
— In der Nacht zum 14. d. M. erstigte ein Schlosser in seiner in
der Paulstraße belegenen Wohnung. Er ist gegen Mitternacht
nach Hause gekommen und hat wahrscheinlich durch eine brennende
Zigarre Kleidungsstücke in Brand gesetzt, die einen derartigen
Qualm entwickelten, daß, als die Wirthschaftsleute auf das entstandene
Feuer aufmerksam wurden, der Tod bereits eingetreten und ärzt-
liche Hülfe vergeblich war. — Am 14. d. M. Nachmittags fiel
gegenüber dem Hause Königgräberstr. 139 ein Arbeiter von einem
in der Fahrt beschleunigten Pferdebahnwagen und erlitt dabei eine
so schwere Verletzung am Kopfe, daß seine Ueberführung nach
der Charitee erforderlich wurde. — Vor dem Hause Kaiserstr. 21
fiel ein Schlächtergeselle beim Bestreigen eines in der Fahrt be-
schleunigten Pferdebahnwagens zur Erde, gerieth mit der Hand
unter ein Rad und erlitt eine schwere Quetschung. — Am 15.
d. M. Morgens verlor ein Kaufmann, in einem Hotel sich zu
erschließen. Er wurde noch lebend nach der Charitee gebracht. —
Am 13. und 14. d. M. sanden neun Brände statt.

Theater.

Leffing-Theater. Madame Sans-Gene. Lustspiel
in 4 Akten von Victorien Sardou. Sardou wird alt und war
er früher ein Schwerenöther, so zeigt er sich jetzt von seiner
biederemännlich-gemüthvollen Seite. Im ersten Akt seines neuesten
Werkes lacht und schäumt es zwar gewaltig, aber das liegt mehr
an den äußeren Umständen, als an der Heldin des Stückes selber.
Wer sollte auch am glorreichen 10. August 1792, als das Volk
von Paris die Tuilerien stürzte und für die ganze Welt die
bürgerliche Freiheit eroberte, thätlos und kühlen Blutes ge-
blieben sein? Höchstens Fouché, der Schlauchsch, auf den aber auch,
mochte er sich schon sein länderlich im Trockenen halten, insofern ein
trunken-propheetischer Schimmer fiel, als er bei dieser denkwürdigen
Gelegenheit zum ersten Male seinen künftigen Beruf als Polizei-
minister ahnte. Katharine Häbscher, die Wäscherin aber, in
deren Raum so manche künftige Größe herumtummelt, ist ver-
gnügt und guter Dinge mit ihrem Sergeanten Joseph Fesleure
und giebt ihm und seinem Kameraden am Abend des 10. August
vom besten Wein zu trinken. . . .

Die Jahre kommen und gehen und im September 1811 ist
mit manchem Lumpen von damals eine ebenso heillose Verände-
rung vor sich gegangen, wie nach beendeter Wallfahrt mit
den Gläubigen von Neuvaar, von denen früher mancher auf
Kreuzen ging, der jetzt stot auf dem Seil tanzt. Es wimmelt in
Paris und außerhalb der Stadt der Gloire von Herzögen und
Marschällen, die alle aus der schillerischen Hand des größten
aller irdischen Götter, des ruhmreichen Koisers der Franzosen
hervorgegangen sind. Welch ein Glanz offenbart sich in den
prunkenden Uniformen und den brillantbesetzten Toiletten, die
das Empire seinen avancirten Soldaten und deren gleichfalls
avancirten Frauen bescheert hat. Nur ein bißchen fleiß und lang-
weilig ist es am Hofe, denn der Kaiser ist gar zu sehr mit Er-
obern beschäftigt, er hat auch nicht immer Zeit, den kleinen Korporal
zu verbergen und geht daher — wenigstens bei Sardou — recht
rücksichtslos mit den aus der Revolution heraus zur neuen Familie
avancirten Damen süßlichen Gebüses um. Nur Eine weiß den
Kaiser in Respekt zu setzen und das ist die Herzogin Katharina
von Danzig, früher Katharine Häbscher oder kurzweg Madame
Sans-Gene geheißen. Sie hat aber auch im Gegenjah zu dem
anderen weiblichen Kroppegen den Ruhm und die Siege ihres
Mannes im Felde mit erflehen helfen und ist, ebenfalls im
Gegenjah zu ihren neugefärbeten Kolleginnen, ihrem Manne
und ihrer alten Wäscherinnen-Verheißung treu geblieben. Sie darf
daher, weil sie reinen Herzens ist, sich schon etwas erlauben.

Dies hübsche historische Bild bearbeitet Sardou zu einem
Lustspiel, das zwar anders ausgefallen ist, wie zu erwarten war,
aber doch recht anmuthend wirkt. In Frankreich soll es, dank
der in der streuerlosen Bourgeoisie aufsteigenden Napoleonlegende
eine politische Tendenz haben; wir aber haben uns um diese
nicht zu kümmern und lassen es daher nur in seiner Lustspiel-
eigenschaft auf uns wirken. Da giebt es denn Freude und Be-
dauern. Freude, daß es gar so sinnig-harmlos ist, und Be-
dauern, daß nicht mehr aus dem hübschen Stoff gemacht ist, als
ein gut-pittorresques Stück mit gut philiströser Moral, die das
kindlich-naive Volksthum selbst am Hofe wohl angebracht und
gelitten erscheinen läßt. Das Lustspiel hat ein zahlloser Dichter
gemacht, der historische Reminiscenzen der großen Zeit eines
großen Volkes Revue passieren läßt und in altbekannten Anekdoten
Verwicklungen schlägt, deren Lösung der Zuschauer im voraus
leicht und sicher ahnen muß. Man ist dem Dichter ob seiner
Garmlosigkeit nicht böse, aber man bedauert, daß er
Sardou heißt.

Ein wesentlicher Theil des freundlichen Erfolges ist der
Darstellerin der Titelrolle, Fräulein Jenny Groh, zu
danken. Ihr Spiel war als Wäscherin grazios und
als avancirte Herzogin namentlich in den Szenen, wo
sie den hochmüthigen und spöttelnden Kolleginnen über die
Wahrheit sagte, sowie in der Konferenz mit dem Kaiser vor
vollendeter Wahrheit. Nur dankt uns, daß sie sich beim Einreden
und Probiren der Postulante nicht gar so tollpatschig hätte geben
brauchen; derart ungeschickt benimmt sich keine Französin und
stamme sie auch aus dem Elß. Herr Reichert als Napoleon
hatte gar wenig von der gebietenden Hoheit des neuen César
auf die Bühne gebracht; ihn war Napoleon der kleine Korporal
in einer fast preussischen Bedeutung des Wortes. Von den
übrigen Darstellern wollen wir Herrn Sauer als Fouché lebend
hervorheben.

Neues Theater. Sonntag, den 14. Januar,
Licht, von Max Stempel. Ein Himmelstürmer, der
Schaffner des neuen Drama's, wollte Stempel werden und als er
aus dem Geheimniß der Vereinsbühnen heranstret, war es allen
klar, daß er auf dem besten Wege ist, von Herrn Adolf Ernst als
dritter Hausdichter engagirt zu werden, falls er das Berliner Leben
noch genauer studirt. Hätte Herr Stempel sein Stück einer Bühne,
die die Lokalposse pflegt, eingereicht, so hätte er sachverständigen
Rath erhalten, einige ernste Stellen ausgemergelt, hatt Schauspiel
Lokalposse gelehrt, einige weitere Berliner Dialektzügen und
effekte Wägen mehr „hineingebichtet“, einen anderen Titel gewählt
und sein Stück hätte dann, wenn es von sachkundiger Hand
korrigirt worden wäre, Erfolg gehabt, da er aber noch immer
höher hinaus will, so wurde er so gründlich ausgepöfien, daß
selbst die überaus aufrichtige Clique den Muth vollständig
verlor. Kein Mensch wußte, weshalb das Stück „Licht“ heißt,
denn als der erblindete Hans Koloff sein Augenlicht wieder
gewinnt, merkte man bloß, daß Herr Stempel kein Dichter,
sondern ein über Posenreifer ist. In dem Stücke fehlt es an jeder
tieferen psychologischen Begründung. Alles, was auf den Brettern
vorgeht, ist durch das Vorangegangene nicht erklärt, erregt Er-
stannen, aber kein freudiges. Ganz unnötige Episoden wurden

bloß vorgeführt, um mehr oder minder gute Wiße anzubringen. Das Bekennen einer älteren Frau, die sich Mutter fühlt, wird in der denkbar unpoetischsten Weise breit getreten, selbst den zufällig in die Wohnung Tretenden wird das erwartete intime Familienergebnis brüderlich erzählt. Die Heiterkeit auf der Bühne wird wenig gestört, jedenfalls aber nicht unter den Zuschauern, durch eine Trauermacht. Es hieß den Raum verschwenden, wollten wir mit der „Handlung“ dieses Nachwertes, das bald von der Bühne verschwinden sein wird, unsere Leser befehlen. Als im ersten Akte von der Claque während Beifall geflucht wurde, zeigte Hr. Brock, die eine nach Mendezvous lüsterne kleine Berlinerin gab, so wenig Takt, daß sie das Weiterpiel störte, indem sie für den Beifall dankte. Das Publikum lobte dem dankbaren Gemüthe mit wohlverdientem Rufen. Einzelne Darsteller schienen das Stück von Anfang an als Possé aufzufassen und spielten dementsprechend, so vor allem Herr Gaspart (der Kommerzienrath). Wie bei jedem Stück durch die Schuld des Autors durchgefallenen Stücke ist den Darstellern das Beileid nicht zu versagen. Im Allgemeinen wurde weit besser gespielt, als das Stück verdiente. Herr Jarno bemühte sich sehr um die einzig schwierige Rolle des Stückes, die des Blinden, Herr Ritter als Liebhaber bot eine Mittelleistung, Frau Vertens als Kommerzienrathin in den besten Jahren und Hr. Sabri als junges Mädchen befriedigten. Auch die Nebenrollen wurden nicht schlecht gespielt.

Bourgeoise-Balkonal. Der akademisch-literarische Verein hielt am Sonntag, wie schon des öfteren gesehen, einen Festball ab und zwar in den vier Jahreszeiten, das Souper zu 2 W. 50 Pf. Für bürgerliche Verhältnisse ist dies zwar nicht prolig, aber doch hochanständig. Es kamens dann auch Bräutchen und Bräutigam, Brautvater und Brautmutter und was sich sonst im ausgebreiteten Familienkreise zum sitz-schwarzbesackten und schüchtern-halbdoktorierten Vergnügen akademisch-literarisch zusammenfinden wollte. Und auch an Präparation fehlte es nicht. Es ist nichts schöner, als wenn sich in solchem familiär-vertrautem Kreise, der die Ehre hat, in literarischer Beziehung mindestens für seine Mitglieder und deren Balkmütter tonangebend zu sein, ein bestimmter ästhetischer Mittelpunkt findet, auf den das geistige Monocle in den Ballpausen ruhen kann. Wohlangebrachtes ästhetisch-literarisch-akademisches Ballthema war diesmal ein dreitägiges Lustspiel von Otto Kraß, genannt Der Affe, das die Mitglieder der Vereinigung am Nachmittage des Ballabends für sich und ihre weiblichen Angehörigen im „Neuen Theater“ aufführen ließen. Der Affe handelt natürlich von Liebe und Ehe und hat eine für höhere Töchter a. D. geradezu entzückende Moral. Es fällt heutigen Tags auch der bürgerlichen Jungfrau bekanntlich immer schwerer, einigermaßen chic und schicklich an den Mann zu kommen und gar was Herzensbündnisse anbetrifft, so ist auf diese fürs praktische Leben rein gar nichts mehr zu geben. Wohl der Jungfrau, die von einem reichen, wenn auch alten und ungeliebten Manne heimgeführt wird, sie kann lachen und — Staat machen. Aber sie kann auch lieben, wenn sie es richtig anfängt und entzündend ist es, wenn sie ihren standesamtlich und kirchlich angetrauten Ehegemahl so elegant und ungenirt zum Hahnrei macht, wie es der akademische Literat Herr Otto Kraß in seinem moralisirenden Familienlustspiel lehrt. Rein zum Todlachen war es für die gebildeten Jungfrauen im Parkett, als der abgestandene Philosoph und Syniler des Stückes in praxi zeigte, wie es gemacht wird, um als höherer Louis zu leben; und wenn an dem neuesten Kinde des akademisch-literarischen Musenhains etwas verschnappte, so war es der Ausgang, an dem wider Erwarten der Held seine Geliebte als Ehemann und nicht als gebenedeiter Hausfreund heimführt. Sonst war es aber, wie gesagt, himmlisch und selten haben wir deutsche Jungfrauen so glotzend lachen und so handschuhverachtend klatschen hören, als während der Aufführung dieses an zynischen Joten reichen, im übrigen aber, wie unnötiger Weise erwähnt werden soll, literarisch werthlosen deutschen Lustspiels. Die angehenden Hausärzte, Hauslehrer und, last not least, Staatsanwälte des akademisch-literarischen Vereins haben sich um die Moral der Gesellschaft, die sie dereinst vor der herandröhnenden Götterdämmerung mit den Waffen des Geistes und der Sitte schützen sollen, ein geradezu pyramidales Verdienst erworben, als sie ihren Balkdamen und deren Balkmüttern dies gutenbergbläute hors-d'oeuvre servirten. Wir hoffen nicht sehlyugehen, wenn wir annehmen, daß auf dem geistigen Festabend gar manches zartinnige Herzensbündnis zwischen deutschen Jünglingen und

deutschen Jungfrauen geschlossen werden ist. Heil ihnen allen und ihrer Balkmoral!

Gerichts-Beitrag.

Ueber den Prozeß gegen die „Omladina“ bringt das Bolifche Telegraphenbureau folgende Depesche aus Prag vom 15. Januar:

Die Anklageschrift in dem heute begonnenen Prozeß der „Omladina“, 326 Seiten stark, lautet auf Hochverrath, Majestätsbeleidigung und Beleidigung von Mitgliedern des kaiserlichen Hauses, ferner auf Gebeimbündel, Beleidigung einer gesetzlich anerkannten Kirche, Diebstahl, boshafte Beschädigung fremden Eigenthums und Betrug. Angeklagt sind Anton Holzbach, 19 Jahre alt, Journalist, und 75 Genossen. Das Alter der Letzteren varirt zwischen 21 und 16 Jahren, nur einer ist über 80, 19 sind über 20 Jahre alt. Dem Stande nach sind die Angeklagten Handwerksgehilfen, Arbeiter, einige Journalisten, zwei Advokatur-Konzipienten und zwei Studenten.

Als Zeugen sind 100 Personen, darunter 27 Polizeioorgane, vorgelesen.

In den Gründen der Anklageschrift werden zunächst die Demonstrationen am Vorabend des Geburtsfestes des Kaisers, 17. August 1893, geschildert, bei welcher Gelegenheit zahlreiche, den Monarchen und die allerhöchste Familie beleidigende, zumest hestographirte Zettel verbreitet wurden. Diese Demonstrationen waren von mehreren Personen vorbereitet und hat dabei der Geheimbund „Omladina“ die Hauptrolle gespielt. Die Anklageschrift verbreitet sich des Längeren über die Entstehung, den Zweck, die Organisation und die Thätigkeit dieses Geheimbundes. Aus dem bei dem Angeklagten Ziegler konfisizirten Tagebuche geht hervor, daß die Anfänge eines Verbandes zur Veranstaltung von Kundgebungen in die Zeit der Landes-Jubiläums-Ausstellung 1891 zurückreichen und als Ausfluß der im Kongresse der slavischen Studentenschaft in Wien 1890 vollzogenen Vereinigung dieser Studentenschaft mit der fortschrittlichen Arbeiter-schaft anzusehen ist. Dieser Kongreß akzeptirte das Programm der vollständigen Gleichberechtigung, der föderativen Umgestaltung Oesterreichs und der Verbrüderung der Arbeiter mit der intelligenten Bürgerschaft. Am 15. September 1892 wurde beschlossen, einen Verein „Omladina“ zu gründen, dessen Statuten jedoch von der Statthalterei nicht genehmigt wurden. Dessen ungeachtet hat der Verein seine Thätigkeit begonnen und als seinen Zweck die Veranstaltung von Straßen-Demonstrationen behufs Einschüchterung der Polizei, die Veranstaltung von Aufläufen nationalen und internationalen Charakters angesehen. Mit Ausnahme des ermordeten Mroa und vier Konsorten leugneten alle Angeklagten die Existenz eines Geheimbundes unter diesem Namen und mit dem obigen Zwecke und erklärten bloß Fortschrittssfreunde zu sein, welche soziale Fragen im nationalen Geiste lösen wollten. Sie wollten bloß das czechische Volk gegen die Deutschen verteidigen und Straßentungebungen gegen alle das czechische Volk beeinträchtigenden Maßregeln veranstalten. In einem bei dem Angeklagten Holzbach vorgefundenen Briefe wurde jedoch als Ziel des thatsächlich existirenden Vereins die gemeinsame Umgestaltung der Staatsform und die Eurovorragung einer europäischen Revolution bezeichnet. Ueber Befragen erklärte Angeklagter Holzbach, daß er den Termin bis zum Jahre 1898 für diesen Zweck als zureichend hält. Später erklärte Holzbach diese Aeußerungen als bloße Phantasiegebilde. Die Organisation der „Omladina“ hatte die Zahl fünf zur Basis. Ein gemeinsamer fünfgliederiger Aufsichtss-Senat nominirte die Vorstände von fünfgliederigen Kiegen. Dieser Senat ernannte einen Diktator mit unbeschränkter Macht. Organe der „Omladina“ waren „Daumen“ und „Finger“. In vertraulicher Sitzung der „Genossen“ wurde der „Daumen“ gewählt, dieser cooptirte vier „Finger“, diese wählten wieder einen „Daumen“ und dieser zweite „Daumen“ stellte sich dem Ersten vor. Der zweite „Daumen“ wählte vier „Finger“, diese einen „Daumen“, der sich wieder dem ersten „Daumen“ vorstellte u. s. w. Der erste „Daumen“ kannte somit alle „Daumen“, aber die übrigen „Daumen“ kannten sich gegenseitig nicht. Von den „Fingern“ kannten einander nur immer jene vier, welche unter einem gemeinsamen „Daumen“ waren. Alle Aktionen dirigirte der erste „Daumen“, der somit Diktator war und die übrigen „Daumen“ von den geplanten Unternehmungen ver-

ständigte. Die Zahl der Mitglieder der „Omladina“ betrug 720. Der Verein hatte Ortsgruppen in Jungbunzlau, Pilsen, Budweis, Reichenberg und Kladno und unterhielt Beziehungen zur „Omladina“ in Wien, Galizien mit einzelnen Auszügen, Serben und Slowenen. Nach den Aussagen einiger Angeklagter unterhielt die „Omladina“ freundschaftliche Beziehungen zur jungczechischen Partei. Einige jungczechische Abgeordnete besuchten vertrauliche Sitzungen der „Omladina“. Zu den eifrigsten Mitgliedern zählten Ziegler, Holzbach, Rybak, Weigert und Duda. In den Versammlungen wurde u. a. die Befestigung der Statute Kaiser Franz I. beschlossen und zahlreiche Demonstrationen in Szene gesetzt. Die Anklageschrift führt mehrere solche von der „Omladina“ inszenirte Tumulte an. Publizistische Organe der „Omladina“ waren: „Zeitschrift der fortschrittlichen Studentenschaft“, später „Neue Strömungen“ die „fortschrittlichen Blätter“, und „Neodvlast“. Die Anklageschrift führt sodann die jeden einzelnen Angeklagten belastenden Momente an.

Omladina-Prozeß. Die Verhandlung begann unter heftigen Protesten der Angeklagten und der Vertheidiger wegen Einschränkung der Zahl der als Zuhörer zugelassenen Vertrauensmänner, sowie wegen der Enge des Verhandlungsraumes. Seitens einzelner Angeklagter wurden Anträge auf Absonderung des sie betreffenden Verfahrens vom Hauptverfahren gestellt. Der Gerichtshof lehnte alle diese Proteste und Anträge ab; der Vorsitzende wies energisch die aus dem Auditorium kommenden Versuche, die Ruhe zu stören, zurück. Hierauf begann die eigentliche Verhandlung mit dem Aufruf der Namen der Angeklagten; einer derselben war nicht erschienen.

Der Gerichtshof beschloß den Ausschluß der Oeffentlichkeit, worauf die Vertheidiger ihre Vertrauensmänner — zumest Zeitungsberichterstatter und Abgeordnete — ernannten.

Im Prozeß Garden erfolgte Montag Mittag die Urtheilsverurteilung. Maximilian Garden, der Herausgeber der „Zukunft“, wurde in beiden Fällen für schuldig befunden und zu einer Geldstrafe von 600 R. verurtheilt. Das Gericht erkannte an, daß der Angeklagte in Wahrung berechtigter Interessen gehandelt, aber den Schutz des § 193 durch die Absicht der Beleidigung verwickelt habe.

Das Reichsgericht verwarf am 15. Januar die Revision, welche Pfarrer Stöck in Trier und die Wittwe Ludwig gegen das am 4. Oktober v. J. von der Strafkammer zu Koblenz gegen sie gefällte Urtheil eingelegt hatten. Das Urtheil gegen Pfarrer Stöck lautete wegen Entziehung eines Kindes auf drei Monate, gegen Wittve Ludwig, Mutter des Kindes, auf einen Monat Gefängnis.

Soziale Uebersicht.

An die Arbeiterschaft Berlin und Umgegend! Seit 1. Januar befinden wir uns im Streik gegen das Ausbeutenthum und sind fest entschlossen, bis zum letzten Augenblick auszuhalten. Wie Ihr alle wißt, handelt es sich um die Einführung des weichen Gutes, und als Folge um die Knechtschaft in unserem Gewerbe. Wie in allen Kämpfen gegen das Kapital, so auch bei uns, der Gegner setzt uns den größten Widerstand entgegen, und ist es unsere Pflicht, die ganze Kraft anzuwenden, um den Gegner zu schlagen. Genossen! Einzeln sind wir nichts, vereint sind wir alles, und so ersuchen wir Euch, Genossen, uns in unserem Kampfe, der von jedem rechtstenden Menschen als ein gerechter bezeichnet werden muß, zu unterstützen, und uns dadurch zum Siege zu verhelfen. Es sind bis jetzt ungefähr 220 Kollegen im Ausstand gewesen, noch einmal so viel kommen durch Versammlungsbeschlüsse vom 12. d. M. hinzu, nach welchem über sämtliche Tagemeiter-Führer, die außer den Tagemeiterwagen noch andere Wagen im Betrieb haben, die Sperre verhängt worden ist. Wie Ihr erseht, erfordert es unsere ganze Kraft, diesen Kampf zu einem siegreichen zu machen, und glauben wir auf Euer Solidaritätsgefühl rechnen zu dürfen. Zur Beschlußfassung über die weiteren Schritte findet am Mittwoch, den 17. d., Vormittags 10 Uhr, eine Versammlung sämmtlicher Kutscher in den Germania-Sälen statt und ersuchen wir Euch, in dieser Versammlung recht zahlreich zu erscheinen.

Die Agitationskommission der Berliner Prospektkutscher.

Buchhandlung der „Vorwärts“
Berlin SW., Beuth-Strasse 2.

Als neue Agitations-Broschüre empfehlen wir den Genossen:

Gegen den Militarismus und gegen die neuen Steuern.

Zwei Reichstags-Reden von
A. Bebel und W. Liebknecht
gehalten bei der
Berathung des Reichshaushalts-Etats am 27. und 30. November 1893.
56 Seiten Großoktav mit Umschlag.
Preis einzeln 10 Pfg., für Colporteurs 6 Pfg. franko.

Die Schrift eignet sich vorzüglich für den Massenvertrieb namentlich auf dem Lande; die beiden Reden enthalten nicht bloß die rückhaltlose Verurtheilung der neuen Steuervorlagen, sondern zugleich auch die schärfste Kritik der gesammten Regierungspolitik, die gegenüber den Anforderungen des Militarismus die hauptsächlichsten Kulturaufgaben vernachlässigt. Zahlreichen Aufträgen steht entgegen.

Buchhandlung der „Vorwärts“
Berlin SW., Beuth-Strasse 2.

!! Roh-Tabak !!

Sämmtl. in u. ausländischen Sorten, gute Qualität, tadelloser Brand, in billigster Preislage, empfiehlt
Heinr. Franck, Roh-Tabak, Brunnenstr. 185.

Formen (Vollform) wieder vorräthig.

37 Als anerkannt reelle und billigste Einkaufs-Quelle des **Süd-Ostens** für **Gold-, Silber-, Alfenidewaren** (Eig. Fabr.) goldene u. silberne Uhren empfiehlt sich **H. Gottschalk, Goldarbeiter und Uhrmacher, 37 Admiral-Strasse 37**

KRONEN-GARN
100 YARDS
50582*

Bestes Nähgarn!
Apfelsinenverkäufer
finden größte Auswahl bester Frucht, ausgegählt und listenweise billigt im Keller Friedrichselderstr. 15. (12205)

Rum,
echt und Façon, Literflasche 1,10, 1,60, 2,10, bei 5 Fl. 10 Fl. billiger.
Inhaber: **Eugen Neumann & Co., Conrad Neumann, 6092R**
6a. Belle-Alliance-Platz 6a.
Neue Friedrichstr. 81. Oranienstr. 8.
Einzelne Flaschen frei Haus Berlin.

Empfehle mein Geschäft in frischen Blumen und Kränzen. 5441 L.
Robert Meyer,
Nr. 2. Mariannenstraße Nr. 2.
NB. Um häufigen Irrthum zu vermeiden, bitte ich meine Freunde und Genossen, genau auf meine Adresse zu achten.

Masken- und Theater-Garderobe empfiehlt in gr. Auswahl billigst
Werbelow, 54932*
Große Hamburgerstraße 21, I.

5 1/2 Pfund Albrecht's Bäckerei,
Brot für 50 Pfennig liefert
Wrangel-Strasse 8 Langestr. 26, Falkensteinstr. 28

Roh-Tabak
A. Goldschmidt, 4435L*
am hiesigen Plage wie bekannt **grösste Auswahl!**
Garantie für sicheren Brand. Streng reelle Bedienung, billigste Preise! Sämmtliche im Handel befindl. Roh-tabake sind am Lager.
A. Goldschmidt, Oranienburgerstr. 2.

Butter & Käse
in bester Qualität und billigsten Preisen empfiehlt den Genossinnen u. Genossen
1179b Paul Günther, Markthalle Ackerstrasse, Stand 106.

Kleine Wohnungen.
Stube und Küche, Kloset, für 60 bis 70 Thlr. billig zu verm. Söwinmünderstraße 123 (nahe am Vinetaplag) beim Wirth. 12266

Betten, schöner Stand, neu, sofort für 22 R. zu verkaufen Reichenbergerstraße 176 vorn II. rechts. 12386

Schmerzloses Zahnziehen mit Elektricität, Nervödten, Blombiren je 1 M., b. Vorgebung dieser Annonce halbe Preise. **Boltz, gepr. Heilgehilfe, Greifswalderstraße 10.** Auch f. Krantentaffen geg. Krantensch.

Neues Club-Haus
72, Kommandantenstr. 72.
5 Säle (Bühne) zu Festlichkeiten u. Versamml. Amt I 7421. **H. Ebert.**

Rechtsbureau des Königl. Amtsrichters a. D. **Alte Jakobstraße 130.** Gewissenhafter Rath in allen Angelegenheiten. Unbemittelten unentgeltlich. Auch Sonntags. 10886

Milch- u. Backwaren-Geschäft nebst Grüntram bill. zu verk. **Oppelnerstr. 27.**
Die Beleidigung gegen Herrn Schellhase nehme ich hiermit zurück.
12386 **Sauer, Schleißheferstr. 47.**

Damen-Masken-Garderobe von **M. Roussel, 43. Skalitzerstr. 43**

Wegen Verzugs nach außerhalb schnell gänzlicher Ausverkauf all. Art. Waldvögel, Edelroster, Vogelbauer, Tauben, Affen, Vogelheim, Fanganke. All. bill.
1257b **Redtmann, Radaistr. 2.**

Söwinmünderstr. 73 sind an ruhige Leute Mittel- und kleine Wohnungen zu vermieten, event. mit Feuerwerkstatt und Stallung. 12536

Arbeitsmarkt.
Ein tüchtiger Schlosser auf Sieb- und Gallerieschnitte verlangt 1251b
Rindermann u. Ko., Mödenstr. 68.

Metzner's Korbwaaren-Fabrik,
Berlin, Andreasstr. 23, Hof part., vis-à-vis d. Andreasplatz
Kinderwagen, größtes Lager Berlins. Musterbücher gratis. Theilzahlung gestattet. 500 Mark zahlte ich Jedem, der mir nachweist, daß ich nicht das größte Kinderwagen-Lager Berlins habe. **F. Metzner.**

Die ausländischen Arbeiter in Frankreich.

Paris, den 12. Januar 1894.

Die Angelegenheit von Aiguës-Mortes ist in Angoulême zur Aburteilung gelangt: französische Arbeiter, die italienische Arbeiter angegriffen und verwundet haben, sind freigesprochen worden. Es konnte nicht anders sein, denn in diesen Zwischenfällen zwischen Arbeitern verschiedener Nationalität ist es unmöglich, den Schuldigen zu finden. Und die Staatsanwaltschaft hatte sich wohl gehütet, die moralischen Urheber, die wahren Schuldigen, nämlich die Eigentümer der Salinen, vor die Schranken der Justiz zu stellen. Statt die Ursachen des Zusammenstoßes zu erforschen, bemühte man sich nur, die Aufmerksamkeit auf untergeordnete Thatsachen zu lenken, wie z. B. einen Streit, der dadurch entstanden war, daß ein italienischer Arbeiter sein Hemd in einem Kübel gewaschen hatte, worin Trinkwasser aufbewahrt war.

In Aiguës-Mortes, wie im ganzen Süd-Osten Frankreichs haben wir die Ursache der Feindseligkeit, die zwischen den französischen und italienischen Arbeitern besteht, und die zuweilen in mörderische Kämpfe mit Dolch und Revolver ausbricht, nicht lange zu suchen: es ist die Ausbeutung des Unternehmers. Die französischen Industriellen bedienen sich der italienischen Arbeiter, um die Löhne herabzudrücken. Die italienischen Arbeiter reisen in Trupps, geführt von Bandenhäuptlingen — Padroni d. h. Herren — genannt, welche die Reisekosten bezahlen, für Wohnung und Kost — natürlich der niedersten Art — sorgen, und mit den französischen Unternehmern die Kontrakte über die Arbeit abschließen, die sie von diesen Unglücklichen verrichten lassen. Alle härtesten, abstoßendsten, gefährlichsten Arbeiten in den Zuckerraffinerien, in den Fabriken chemischer Produkte, in dem Eisenbahnbau werden von diesen armen Italienern zu verrichten gemacht, die kein französischer Arbeiter je annehmen würde. In Aiguës-Mortes besorgen die Italiener das Ausheben des Salzes — den schwierigsten Teil der Arbeit. Im Süd-Westen wird das Baden der Weinberge von den Bauern der spanischen Pyrenäen besorgt. Und überall sind es erstarbende Arbeiter, denen die härteste Arbeit und der niedrigste Lohn gegeben wird. Vor der regelmäßigen Masseneinfuhr der italienischen Arbeiter — noch vor 40 Jahren — waren es die Bauern der Gegend, die im Winter von ihren Bergen herabzogen, um die schmutzigsten und ungesundesten Arbeiten der Oel- und Seifenfabriken von Aiz und Marseille zu verrichten. Sie wurden in den Fabrikräumen selbst beherbergt und verließen ihr Gefängnis erst im Frühjahr, um ihr bißchen feines Land zu bebauen.

Deutsche Arbeiter werden auf ähnliche Weise in Paris ausgebeutet. Im Faubourg St. Antoine, wo die Möbelherstellung ihren Hauptsitz hat, giebt es Werkstätten, in denen nur Deutsche sind, meistens aus Luxemburg. Der Arbeitgeber (patron) holt sie bei ihrer Ankunft am Bahnhof ab, begleitet sie nach der Werkstätte und stellt sie sofort an die Arbeit — er giebt ihnen Kost und Wohnung und läßt sie nur Sonntags ausgehen; und dann sorgt er dafür, daß sie sich möglichst rasch berauschen, damit sie mit niemandem außerhalb der Werkstätte in Verbindung kommen. Sie sind im wörtlichsten Sinne des Wortes zu Zwangsarbeit verurtheilte Gefangene. Die Pariser Arbeiter werfen diesen Unglücklichen vor, die Arbeitslöhne heruntergedrückt und die Möbelindustrie des Faubourg St. Antoine, die vor dem Krieg eine beträchtliche Ausfuhr nach Süd-Amerika hatte, zu Grunde gerichtet zu haben. Das ist nun allerdings nicht richtig, allein etwas Wahres ist dran; ein andermal werde ich darauf zurückkommen.

Im ganzen Nord-Osten, welcher der industriellste Teil Frankreichs ist, führen die „Patrone“ belgische Arbeiter ein; sie ziehen sie ihren „theueren“ französischen Landknechten vor, weil sie billiger sind und leichter unter der Fackel zu halten. Denn in diesem Norddepartement braucht ein Arbeiter der Polizei nur bezeichnet zu werden, und er wird binnen 24 Stunden ohne weitere Prozedur über die Grenze geschickt. Sobald ein Belgier sich mit Gewerkschaften oder Arbeitsvereinigungen beschäftigt, meldet der „Patron“ seinen Namen dem Polizeikommissar, der den Verbrecher auf sein Bureau ladet, ihm eine Strafbüchse hält, und wenn er nicht darauf verzichtet, sich um seine Klasseninteressen zu kümmern, ihn sofort auf die andere Seite der Grenze befördert. Freilich ist diese Ausweisung nur eine formelle, denn der Arbeiter, der aus einer Stadt, z. B. aus Lille, gejagt ist, kommt wieder nach Tourcoing oder nach Roubaix und wird, wenn er sich ruhig verhält, dort nicht belästigt. In den Industriestädten, die nicht weit von der Grenze liegen, lehren die belgischen Arbeiter von Sonnabend nach Hause zurück und kommen den Montag mit einem Teil dessen, was sie für die Woche bedürfen, zurück, wofür sie, weil es zum persönlichen Gebrauch ist, keinen Eingangszoll zu zahlen haben. Man will in Tourcoing und Roubaix eine Dampfschiffbahnlinie errichten, welche die Arbeiter jeden Abend nach Belgien zurückführen und am andern Morgen, mit allen Lebensmitteln für den Tag versehen, wieder zurückbringen soll. Auf diese Weise werden die französischen Industriellen dem auf den landwirtschaftlichen Erzeugnissen liegenden Zoll ein Schnippchen schlagen, für welchen sie stimmen sie genöthigt waren, damit die Agrarier ihrerseits auch für den Schutz zoll auf Industrieprodukte stimmten. Diese Einfuhr von Arbeitern in das Norddepartement ist übrigens vom politischen Gesichtspunkte aus verfehlt, denn gerade diese Belgier, die aus Oeten in der Nähe von Gent kommen, wo alles von den dortigen Sozialisten bearbeitet ist, haben auch den Sozialismus und den Geist der Organisation mit herüber gebracht. Viele Jahre hindurch sind Antwerpen, van Beveren und andere Kameraden jeden Sonntag aus Gent nach Monsen und in andere kleine Grenzstädte gekommen und haben in flämischer Sprache an die in Frankreich arbeitenden belgischen Proletarier Reden gehalten.

Wie sich erwarten ließ, haben die sozialistischen Chauvinisten sich der Frage der ausländischen Arbeiter bemächtigt; sie forderten einfach ihre Ausweisung. Das erschien aber doch zu stark, besonders den Unternehmern, die großen Gewinn aus den fremden Arbeitern ziehen. Man schlug dann vor, den ausländischen Arbeitern und den Industriellen, die sie verwenden, eine Steuer aufzulegen. Während der letzten Legislaturperiode beantragten Lafargue und Jourde bei zwei verschiedenen Gelegenheiten, daß man die fremden Arbeiter gegen die Ausbeutung der Unternehmer schütze, indem man den Industriellen verbiete, denselben einen geringeren Lohn zu zahlen als den französischen Arbeitern. Hätte man diesen Vorschlag angenommen, so würden alle Streitigkeiten zwischen den französischen und den fremden Arbeitern aufgehört haben. Dies sagt der Herr Unternehmer aber nicht in den Kram. Im Gegentheil, sie wollen die Eifersucht und den Haß

der Arbeiter verschiedener Nationalitäten unter sich erhalten und nähren, um die Arbeiter besser ausbeuten zu können. Und um die Frage zu lösen, beschließt die Kammer mit ungeheurer Majorität ein neues Polizeigesetz gegen die Ausländer, das die ausländischen Arbeiter noch mehr den Säunen und der Willkür des Unternehmertums preisgiebt.

Gerichts-Beilage.

Gewerbegericht. Kammer VI. Sitzung vom 12. Januar. Der Kellner C. hatte von seinem Arbeitgeber Andree die Erlaubnis erhalten, auszugehen. Er blieb länger aus, wie erlaubt worden war und der Chef entließ ihn deshalb. C. klagte auf Lohnentschädigung. Im Termin gab er ganz natürl. zu, mit Willen später zu Andree zurückzukommen zu sein, weil er sich über einige Abzüge geärgert habe. Dies wurde vom Gericht als unbefugtes Verlassen der Arbeit, also als Grund zur sofortigen Entlassung betrachtet.

Keinen Lohn und kein Trinkgeld. Die Kellner R. und G. klagen auf Zahlung von rückständigem Lohn gegen Herrn Wiener, den Inhaber des ehemals unter dem Namen „Zeuseidkeller“ bekannten „Herrenkeller“ in der Kommandantenstraße. Beklagter wendet ein, er zahle Kellnern keinen Lohn. Durch die Beweisaufnahme wird Folgendes erwiesen. Die Kläger wurden am 11. Dezember engagiert; sie sollten zunächst auf Probe arbeiten. Herr Wiener wollte dann sich mit ihnen über die Entlohnung einigen. Als er nach drei Arbeitstagen von einem Kläger gefragt wurde, wie es denn nun mit dem „festen“ Engagement und mit Gehalt sei, gab er zur Antwort: „Ich zahle kein Gehalt.“ In dem „Herrenkeller“ ist angeschlagen: „Kein Trinkgeld“, nach den Angaben der Kläger etwa dreißig Mal. Sie waren somit vollständig „auf den Brotpyren gefahrt“. R. hörte sofort auf, während G. noch einige Tage weiter arbeitete. R. beanspruchte für die drei Tage, welche er bei Wiener war, 22,50 M., G. pro Tag seiner Thätigkeit 3 Mark. Der Beklagte war im Termin nicht anwesend. Er wurde verurtheilt, an R. 22,50 M. und an G. 9 M. zu zahlen, letzterer wurde mit seiner Mehrforderung abgewiesen. Urtheil: Das Gericht sei davon ausgegangen, daß bis zum Abgang des Klägers R., dem Abend des 13. Dezember, nichts über Lohn zwischen Wiener und den Klägern vereinbart worden sei, daß diesen Abend der Beklagte jedoch ausdrücklich erklärt habe, er zahle keinen Lohn. Von diesem Tage habe G. mit Kenntnis der genannten Bedingung weiter gearbeitet. Das sei seine Sache gewesen, mit der entsprechenden Mehrforderung habe er deshalb abgewiesen werden müssen. Beim Nichterscheinen des Beklagten hätten die von den Klägern als angemessen angegebenen, vom Beklagten und unterschritten geliebten Lohnsätze von 7,50 M. und 3 M. dem Urtheil als maßgebend zu Grunde gelegt werden müssen.

Der rekonozizierende Beamte. Wir haben unsern Lesern in der letzten Zeit schon mehrfach mit Gerichtsverhandlungen aufwarten können, in denen Feschworene Urtheile von Beamten nachträglich in ganz überraschender Weise vom Gericht korrigiert werden mußten. Heute ein neuer Fall:

In einem überaus merkwürdigen Lichte erschien die Rekonozition eines Wirthshäusers durch einen Nachtwächter am Freitag vor der ersten Strafkammer am Landgericht II. In Spandau hatten eines Nachts mehrere junge Leute ruhelose Wachen und groben Unfug verübt und dafür ein jeder ein polizeiliches Strafmandat über 9 M. erhalten. Nur einer derselben, der Arbeiter Paul Müller, hielt sich für zu Unrecht bestraft und beantragte richterliche Entscheidung. Der Beschluß über die Eröffnung des Hauptverfahrens vor dem Spandauer Schöffengericht wurde ihm auch korrekt zugestellt, als ihm aber die Ladung zur Hauptverhandlung zugestellt werden sollte, war er verzogen und zwar erfuhr der Vorsitzende, daß Müller jetzt in der Hohenhegenstraße wohne. Das war aber nicht richtig; in dem bezeichneten Hause wohnte nicht der Arbeiter Paul Müller, sondern der Tüpler Paul Müller. Diesem gänzlich Unbetheiligten wurde nun die Ladung zugestellt. Derselbe schrieb an das Amtsgericht, daß er mit der Sache nichts zu thun habe, daß hier ein Versehen vorliegen müsse und frug gleichzeitig an, ob er in dem Termine erscheinen müsse. Er wurde beschieden, daß es ihm anbeimgestellt werden müsse, ob er erscheinen wolle oder nicht, jedenfalls sei es besser, wenn er, um Weiterungen zu vermeiden, persönlich erscheine. In der Hauptverhandlung vor dem Schöffengericht stand denn auch wirklich der unechte Müller vor den Schranken und der städtische Nachtwächter rekonozizierte in dem falschen Müller schlankweg den richtigen Müller, das heißt den Kadawmacher. Auf Grund dieser Rekonozition bestätigte das Schöffengericht das polizeiliche Strafmandat. Der unzulässig Verurtheilte wandte sich nunmehr an den Rechtsanwalt Oskar Gabriel in Berlin mit der Bitte, Verurteilung einzulegen und ihm bei der Führung des Alibibeweises behilflich zu sein. In der heutigen Hauptverhandlung vor der Strafkammer war der Nachtwächter bereits vorfristig geworden. Er bekundete, daß er seine frühere Rekonozition nicht mehr mit Sicherheit aufrecht erhalten könne. Der Verteidiger hatte aber den richtigen Müller zur Stelle gebracht, welcher bekundete, daß er das Strafmandat erhalten, dagegen Einspruch erhoben und auch den Eröffnungsbeschluss empfangen habe. Der Verteidiger plädierte in kurzen Worten für Einstellung des Verfahrens und Erstattung der notwendigen Auslagen und Vertheilungsgeldern aus der Staatskasse. Der Staatsanwalt unterstützte diese Anträge, kam aber mit dem Verteidiger überein, nicht die Einstellung, sondern die Freisprechung zu beantragen, weil nur dem „freigesprochenen Angestellten“ die Auslagen ersetzt werden können. In diesem Sinne erkannte denn auch der Gerichtshof. Wahrscheinlich wird nun der Nachtwächter zum mindesten wegen jahrlässigen Meineides zur Rechenhaft gezogen werden.

Das Reichsgericht hat am 12. Januar die Revision des Anarchisten Leimert, welcher in dem bekannten Geheimbundprojekt vom Landgericht Berlin am 27. September 1893 zu vier Monat Gefängnis verurtheilt worden war, verworfen.

Soziale Ueberlicht.

Internationaler Buchdrucker-Verband. Von Delegirten der diesem Verbande angehörenden 16 nationalen Buchdrucker-Organisationen fand bekanntlich Ende August in Bern ein Kongress statt, der die Errichtung einer Zentralstelle beschloß und mit deren Leitung der deutsch-schweizerischen Typographenbund sowie die westschweizerische Föderation betraute. Die von den beiden Vereinigungen bestellte Ausschusskommission hat zum Leiter des in Bern errichteten ständigen Sekretariats Meimann in Biel gewählt. Dem internationalen Verbande gehören bis jetzt an: die beiden schweizerischen Verbände, der deutsche Buchdrucker-Verband, der elsass-lothringische Verband, der französische Buchdrucker-Verband, der rumänische Gutenbergverein, der ungarische Bundesverein, der österreichische, holländische, spanische

und der belgische Verband und die freien Verbindungen von Brüssel und Luxemburg. Der internationale Buchdrucker-Verband zählt zusammen ca. 38 000 Mitglieder. Am genannten Kongress waren noch vertreten der dänische und norwegische Verein und die Londoner Sebergewerkschaft. Dieselben stimmten mit für die Kongressbeschlüsse und wird ihr baldiger Beitritt zum internationalen Verband erwartet. Ueber dessen Zweck wird mitgetheilt, daß er hauptsächlich darin besteht, die Beziehungen der einzelnen nationalen Verbände durch die Vermittlung des internationalen Sekretariats zu freundschaftlich solidarischen zu gestalten, die Frage des Wohlthums einheitlich zu regeln und in die Art und Weise der Unterstützung bei Lohnkämpfen System zu bringen. Bei Lohnkämpfen, in die jedoch nur nach erfolgter Verständigung unter den theilnehmenden Verbänden eingetreten wird, soll eine einheitliche Steuer von allen Mitglidern bezogen werden. Unterstützungsgesuche dürfen nur vom Sekretariat aus erlassen werden.

Schweizerischer Gewerkschaftskongress. Das Bundeskomitee des schweizerischen Gewerkschaftsbundes beruft auf die Osterfeiertage — 25. und 26. März — den statutenmäßig alle zwei Jahre stattfindenden Gewerkschaftskongress ein. Der Ort der Abhaltung desselben ist noch nicht bestimmt. Auf der Tagesordnung stehen außer den formellgesetzlichen Punkten der Thätigkeitsbericht des Bundeskomitees, Anträge desselben auf Errichtung eines ständigen Sekretariats, Vereinigung der Verwaltungs- mit der Streikkasse, die jetzt getrennt geführt werden, Genehmigung des Kartellvertrages des Gewerkschaftsbundes mit dem schweizerischen Uhrenarbeiterverband und dem romanischen Arbeiterbund und Wahl des Vorstandes des Gewerkschaftsbundes, sowie der Redaktionskommission.

Vorausichtlich werden neben dem Gewerkschaftskongresse auch noch einige Berufskongresse stattfinden. Die Frage des Verhältnisses der gewerkschaftlichen zur politischen Bewegung dürfte laum ernstlich erörtert werden, da hierüber keine Meinungsverschiedenheiten bestehen. Man ist nämlich einig darüber, daß beide nur das in die Praxis umgesetzte Prinzip der Arbeitstheilung darstellen und daß daher beide sich gegenseitig zu ergänzen haben. Indessen ist hier das bezügliche Verhältnis insofern ein anderes, wie in Deutschland, als ein großer Theil der Gewerkschaftsmitglieder ausländische Arbeiter sind und als solche nicht gleichzeitig den politischen Organisationen der schweizerischen Arbeiter angehören können. Dahingegen dürfte wohl auf dem allgemeinen Gewerkschaftskongress, wie auch auf den eventuellen Berufskongressen, die Frage erörtert werden, wie die große Masse der nichtorganisirten Arbeiter zu den Gewerkschaften herangezogen und auch dauernd festgehalten werden können. Das ist eine Frage, die in den Gewerkschaften aller Länder beständig aktuell ist.

Der Kapitalismus verpestet die Welt. Durch die Presse läuft die Nachricht, daß das Thiele-Windler'sche Forstrevier Hilsowitz-Kattowitz gegen eine größere Anzahl industrieller Anlagen des Industriebezirks Angbar geworden sei, weil ihm ihre enorme Rauchentwicklung Schaden zugefügt habe. Die Verwaltung des genannten Forstreviers behauptet, daß durch die zum Theil giftigen Rauchniederfälle der zahlreichen Eichen von vierundzwanzig Gruben, Hütten und Fabriken z. B. die Gärten des gesamten Waldes über kurz oder lang in Frage gestellt sei. Die Beschädigung wird fast ausschließlich durch schweflige Säure und Schwefelsäure verursacht. Der jährliche Schaden, der dem etwa 8800 Hektar großen Forstbestande entsteht, wird auf rund 68 000 M. berechnet. — Ob der vielfache Millionär Thiele-Windler diese Summe jährlich einbüßt oder nicht, ist uns natürlich gleichgültig. Anders aber steht es mit der Waldverwüstung, die der Industrialismus hervorruft. Hierbei ist die ganze Gesellschaft interessiert. Auf dem Züricher Kongresse hatte der alte Würdli in seiner Eröffnungsrede gesagt, daß der Kapitalismus das Klima verschlechtert. Die bürgerliche Presse konnte damals nicht genug Spott über diese Behauptung ausgießen. Hier liegt der Beweis wieder einmal auf der Hand. Vernichten die giftigen Gase der Bergwerke und Fabriken den mächtigen oberirdischen Wald, so verändert sich der Charakter der ganzen Gegend, Wirkungen auf den Feuchtigkeitsgehalt der Luft und des Bodens bleiben nicht aus, das Klima verschlechtert sich. Die Technik ist vorgeschritten genug, die enorme Rauchentwicklung zu verhindern, ja den Rauch vollkommen zu verbrennen. Aber die Anlagen kosten Geld und würden den Profit schmälern. Die giftigen Gase mögen auch der Gesundheit der Proletarier des Nothwehr äußerlich nachtheilig sein, aber davon spricht man nicht. Würden nicht jährlich 68 000 M. des Herrn v. Thiele-Windler bedroht sein, so wäre die Nachricht gewiß nicht in die bürgerliche Presse gekommen.

Eine Arbeitslosen-Versammlung, welche am Freitag in Altona stattfand und von genau 1240 Personen besucht war, nahm einen ruhigen, würdigen Verlauf. Nach einem 1 1/2 stündigen vortragenden Vortrag des Genossen v. Elm wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Der zur Zeit überall bestehende, heute nur noch von einem bestimmten Bruchtheil der kapitalistischen Presse gelungene Nothstand ist die notwendige Folge der Kapitalwirtschaft, die auf der einen Seite unermesslichen Reichtum, auf der anderen Seite bittere Armut schafft und immer größere Schichten des Mittels und kleinen Bauernlandes ins Proletariat hinabdrückt. Die Vertheuerung der Lebensmittel durch Zölle und indirekte Steuern, das Retentionsrecht der Hauswirthe und andere nur der bestehenden Klasse Nutzen schaffende Gesetzbestimmungen verschlechtern die wirtschaftliche Lage des Arbeiterstandes mehr und mehr und bewirken bei einem großen Theil desselben vollständiges Versinken in Pauperismus. Die Versammlung protestirt deshalb gegen die geplante Einführung neuer indirekter Steuern und fordert die Befreiung der schon bestehenden. Als Maßregeln zur Verringerung des Nothstandes fordert die Versammlung zunächst: 1. Direkte und ausreichende Unterstützung der Arbeitslosen aus Staatsmitteln. Keine Armenunterstützung, durch welche den Arbeitern ihr Wahrrecht verkannt wird. 2. Gesehliche Einführung der achtstündigen Arbeitszeit. 3. Befreiung der industriellen Arbeiter schädigenden Zucht-hausarbeit. 4. Vergebung aller Staatsarbeiten in Regie. 5. Errichtung eines städtischen Arbeitsnachweises unter Kontrolle der Arbeiter. Diese Forderungen sind von den herrschenden Klassen in undegreiflicher Verblendung bisher hartnäckig ignorirt, ja theilweise mit offenbarem Hohn zurückgewiesen. Immer offener und unerträglich läßt sich der Kapitalismus auf Bayonnette und Kanonen! In Waffen starrend stehen des Wink gewärtig die Söhne und Brüder der hungernden und frierenden Massen, um da, wo das schreitende Elend die nicht in Disziplin und Organisation geschulten Nothleidenden etwa zu Bergweissungsausschüben hinreißt, dieselben mit grausamer Gewalt zerschmettern zu können. Ausgehend von der Ueberzeugung, daß unter den heutigen Zuständen vereinzelte und unorganisirte Ausbrüche die angemessene Macht der Besizenden nur zu stärken geeignet sind, erklären die in der heutigen Versammlung Anwesenden, mit Weib und Kindern unter dem Elend der Arbeitslosigkeit stehenden, nicht ruhen zu wollen, bis ernsthafte Mittel zur Befreiung der momentan schreiendsten Nothhände ergriffen werden, daneben aber die zur endgiltigen Befreiung der ganzen kapitalistischen Mißwirtschaft allein wirksame politische und gewerk-

*) Aiguës-Mortes — aus dem Lateinischen, eigentlich: todte Wasser — war früher Seehafen; jetzt ist das mittelländische Meer 4 Kilometer entfernt, hat aber unerschöpflich reichhaltige, unterirdisch nach ihm fortwährend gespeiste Süßwassersprudeln, aus denen das Salz abgescpft wird. Das Ausheben des Salzes aus dem Sumpf ist eine ebenso widerwärtige als schwere Arbeit.

